Nr. 280 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 140

Morgen-Ausgabe

1,50 Mark

Bezugspreis:
Vierteljährl. 150.— M., monatl. 50.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 50.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 84.— M., für das übrige Ausland 102.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 16.— M. — Reklamezeile 80.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 4.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 3.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 2.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 8.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97 Expedition Moritzplatz 11753—54

Freitag, den 16. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Für den unbeschränkten Brotwucher!

Eine neue Drohung des Reichslandbundes.

In Berlin ist der Gesamtvorstand des Reichslandbundes zusammengetreten und hat nach TU. folgende Entschließung gefaßt:

Der Gesamtvorstand des Reichslandbundes erhebt zur Getreideumlage in letzter Stunde seine warnende Stimme. **Der Reichslandbund lehnt nach wie vor die Umlage als undurchführbar auf das entschiedenste ab.** Versuche einer zwangsweisen Durchführung werden eine ungeheure Erbitterung in der Landwirtschaft auslösen und die Sicherstellung der Volksernährung auf das schwerste gefährden. Dagegen ist der Reichslandbund bereit, bei Wegfall der Umlage sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß die erforderliche Getreidemenge im freien Verkehr zu festzusetzenden Terminen aufgebracht wird. Die Mittel zur Verbilligung des Brotes für wirklich notleidende Teile der Bevölkerung sind der Gesamtheit der leistungsfähigen Stände aufzuerlegen. Zur Vermeidung von Erschütterungen des Wirtschaftslebens ersuchen wir zum letzten Male, von der unheilvollen Absicht der Fortführung der Umlage Abstand zu nehmen.

Diese Entschließung bedeutet ein erneutes Bekenntnis zum ungehemmten Brotwucher. Die scheinbaren Versprechungen der Entschließung für den Fall des Aufhörens der Umlage sind keinen roten Heller wert. Denn daß bei unbegrenzten Preisen das Getreide auf den Markt kommen wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Sogar ins Ausland wird es nicht verschoben werden, da wir, wenn es nach den Wünschen des Landbundes geht, im Inlande dauernd Weltmarktpreise haben werden. Was über die Versorgung der notleidenden Bevölkerung gesagt wird, sind nichts als Phrasen, aus denen nur das eine herausklingt: Die im Reichslandbund organisierten Agrarier wollen für die Versorgung der armen Bevölkerung nichts tun. Das Ganze nennt sich dann „Hilfswerk der Landwirtschaft". Dieses ganze Hilfswerk hat bisher darin bestanden, daß die Landbündler für sich Verbilligung des künstlichen Düngers verlangt haben — auf dem Wege der Zwangswirtschaft natürlich, für die man sofort zu haben ist, wenn sie zu eigenen Gunsten geht.

Getreideumlage und Krisengerüchte.

Die Rechtspresse weiß zu melden, daß die Regierung am Montag bei der Beratung der Getreideumlage in eine äußerst kritische Lage geraten werde. Es würden nämlich 253 Abgeordnete (Sozialdemokraten, Zentrumsleute, Demokraten, Unabhängige) für die Umlage stimmen und 197 (Rechtsparteien, Splitter des Zentrums, der Demokraten usw.) gegen sie. Die Kommunisten würden dann „das Zünglein an der Wage" bilden und voraussichtlich die Vorlage und die Regierung zu Fall bringen. Nach dieser Rechnung müßten also die Kommunisten über 56 Mandate verfügen, tatsächlich haben sie 14. Mit 253 Stimmen wäre die Mehrheit gesichert.

In Wirklichkeit ist hinsichtlich der Getreideumlage alles ungewiß. Ein Konflikt ist nicht unmöglich. Es wird sich zeigen, ob den Rechtsparteien Neuwahlen unter der Parole „Für oder gegen den Brotwucher?" erwünscht sind.

Nationalisten und Kriegsschuld.

Sozialdemokratische Gegenkundgebungen.

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei, der am Donnerstag tagte, hat einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Der Nationalverband deutscher Offiziere und die nationalistischen Verbände ehemaliger Soldaten beabsichtigen, wie verlautet, am 28. Juni, als dem Tage der Unterzeichnung des Versailler Vertrags, zur Bekämpfung der Behauptung der Alleinschuld Deutschlands im Reiche Demonstrationsversammlungen abzuhalten. Veranstaltungen von dieser Seite sind bisher immer zu militaristisch-monarchistischen Kundgebungen ausgeartet. Am 28. Juni würden sie nach aller Erfahrung zu einer wüsten Hetze gegen die Republik ausgenützt werden. Der Parteiausschuß empfiehlt daher den Parteiorganisationen, auf der Wacht zu sein und überall dort Versammlungen einzuberufen, wo Anhänger des alten Systems unter dem Deckmantel von Kundgebungen zur Schuldfrage eine solche das deutsche Volk schwer schädigende Politik zu treiben versuchen.

Eine Würdigung des Streitgegenstandes finden unsere Leser im Leitartikel unserer heutigen Ausgabe.

„Es lebe der Rachekrieg!"

Nationalistische Pöbelexzesse in München.

Freudestrahlend meldet die „Deutsche Zeitung" über eine Versammlung des „Notbundes gegen die schwarze Schmach", die in München (wo auch sonst!) stattfand, folgendes:

„Immer wieder unterbrachen die Redner brausende Rufe wie: **Nieder mit der französischen Schurkennation!** Nieder mit der Regierung Wirth! Nieder mit Lerchenfeld! **Rache an Frankreich! Es lebe der Rachekrieg!** Als ein Redner darauf hinwies, daß die Franzosen in Ems just das Gasthaus „Zur Reichsflagge" in ein Bordell umwandelten, wurde wiederholt gerufen: **Die schwarzrotgelbe Fahne gehört dorthin!"**

Nach Schluß der Versammlung suchten die Teilnehmer vor dem Hotel „Vier Jahreszeiten", dem Sitz der Interalliierten Kommission, zu demonstrieren. Die Polizei hinderte sie nur scheinbar daran, die „Dtsch. Ztg." meldet nämlich:

„Die Polizeidirektion hatte aus allen Teilen Münchens grüne Polizei herangezogen, die in 20 Lastautos herbeieilte, um die Straßen nach dem Hotel zu sperren. Allein die Ketten der Schutzleute wurden **immer wieder durchbrochen und man fühlt, daß die Polizei Verständnis für den Zweck der Demonstration hatte.** Vor dem Hotel „Vier Jahreszeiten" erreichten die frankreichfeindlichen Kundgebungen ihren Höhepunkt. **Die Menge machte hier einen ohrenbetäubenden Tumult und wollte in das Hotel eindringen,** wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, und mehrere Demonstranten mit Gummiknüppeln blutig geschlagen wurden."

Die „Dtsch. Ztg." kündigt schließlich an, daß derartige „gegen Frankreich gerichtete Kundgebungen" wiederholt werden sollen. Daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die Fensterscheiben bezahlen muß, die hier von einer politisch durch und durch unreifen Gesellschaft eingeworfen werden, macht dem „nationalen" Blatt keine Sorgen.

Weltkongreß gegen den Krieg.

Der „Soz. Parlamentsdienst" teilt mit:

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes tagte vom 8. bis 10. Juni in Amsterdam. Der Hauptzweck der Zusammenkunft war, dem Beschluß des Kongresses in Rom, eine energische Aktion gegen den Krieg einzuleiten, praktische Wirkung zu geben. So wurde nach Prüfung der verschiedenen Vorschläge beschlossen, im Anfang des kommenden Dezember einen Weltkongreß gegen den Krieg in Amsterdam einzuberufen und nicht nur die dem Bund angeschlossenen Organisationen einzuladen, sondern alle Arbeitervereinigungen, ganz gleich, welcher politischen und geistigen Richtung, auch die pazifistischen Körperschaften. Von den Teilnehmern wird als Zulassungsbedingung verlangt, das Problem auf der Grundlage der Entschließung des Kongresses von Rom zu erörtern.

Zur Deckung der Kosten des Weltkongresses wird zunächst eine internationale Friedensmarke herausgegeben, die einen freiwilligen Beitrag der organisierten Arbeiter darstellt. Es wird von den Gewerkschaftsgenossen verlangt, daß sie den Lohn einer halben Stunde für den Kampf gegen den Krieg opfern. Ein internationaler Wettbewerb wird für die Zeichnung dieser Friedensmarke ausgeschrieben werden. Der Internationale Gewerkschaftsbund entsendet eine Vertretung zu dem 22. Weltfriedenskongreß vom 25. bis 29. Juli in London.

Es ist geplant, einen länderweisen Austausch von Genossen der verschiedenen Bundesorganisationen vorzunehmen, die sich mit den gewerkschaftlichen Einrichtungen, der Sprache der betreffenden Länder usw. vertraut machen, um dann die Eindrücke in der Heimat praktisch zu verwerten. Daß eine solche Einrichtung den internationalen Gedanken sehr fördern wird, ist zweifellos.

Aus dem bei der Zusammenkunft erstatteten Bericht über die Hilfe des Bundes für Rußland geht hervor, daß noch genügend Lebensmittel vorrätig sind, um die unter Obhut genommenen 42 000 Kinder und die seit dem 1. Januar unterstützten 50 000 Erwachsenen bis zum 1. September zu ernähren. Der Bundesvorstand beabsichtigt, mit der Sowjetregierung über die Verteilung von Lebensmitteln und Kleidern in verschiedenen Gebieten zu verhandeln.

Gelegentlich des Baseler Kongresses der Internationale der Genossenschaften wurde von dieser der Wunsch nach Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsinternationale ausgedrückt. Damit ist das Bureau einverstanden. Das Sekretariat wurde beauftragt, den Tag und die Tagesordnung für eine gemeinsame Konferenz festzusetzen. Eine weitere Zusammenkunft soll Vorsorge für einen Kongreß der Lehrkräfte aller Länder treffen. Nach einem nachdrücklichen Protest gegen die Saumseligkeit der italienischen Regierung den Fascistenbanden gegenüber wurde gemäß dem von dem Kongreß von Rom erhaltenen Auftrag eine Untersuchung der dem Bunde nicht angeschlossenen Arbeiterinnenorganisationen daraufhin beschlossen, ob der Bund sie aufnehmen kann.

Enver Pascha kämpft in Buchara, wie es scheint, erfolgreich gegen die Moskautruppen und wird nach der „Prawda" auch von Afghanistan in seinen großtürkischen Plänen unterstützt.

Unschuld? — Nein, Mitschuld!

Für den 28. Juni sind im Reich nationalistische Kundgebungen in der Kriegsschuldfrage geplant, denen unsere Partei gemäß einem an anderer Stelle wiedergegebenen Beschluß des Parteiausschusses mit eigenen Kundgebungen entgegenzutreten gedenkt. Die Nationalisten wollen aus dem Abderitenstreich des Münchener Eisner-Fechenbach-Prozesses einen Staatsstreich machen. Es ist Zeit, diesem Vorstoß mit der nötigen Klarheit entgegenzusehen.

Auf einer „Fälschung Eisners" soll die Forderung der Entente nach dem deutschen Schuldbekenntnis beruhen. Wer den „Bericht der Kommission der Alliierten und Assoziierten Regierungen zur Prüfung der Schuldfrage" (Urkunden zum Friedensvertrag I, S. 279 ff.) in Verbindung mit dem besonderen Nachbericht der amerikanischen Delegierten (a. a. O. S. 297 ff.) liest, sieht zu seinem Erstaunen, daß der Eisnersche Bericht in der Argumentation der Entente zur Begründung der deutschen Kriegsschuld eine ausschlaggebende Rolle nicht spielt.

Wir sind durchdrungen von der Ansicht, daß eine Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges nicht vorliegt. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß die Anschauung sich durchringt, wonach die imperialistischen Tendenzen aller am Kriege beteiligten Völker als die tiefsten Ursachen des Weltbrandes erkannt werden. Aber ebenso fest sind wir überzeugt, daß die demagogische Ausschlachtung des Eisner-Prozesses, insbesondere die maßlose Ueberschätzung seiner Bedeutung für die Schuldfrage jene Ueberzeugung mehr hindern als fördern wird.

Dieselbe Ueberschätzung findet sich in der Beurteilung der angeblich gefälschten Stelle des Eisnerschen Berichtes. Es ist richtig, daß der Satz des Schönschen Berichtes, wonach die deutsche Regierung nach dem Ultimatum eine diplomatische Aktion zur Lokalisierung des österreichisch-serbischen Konflikts vornehmen wollte, von Eisner nicht wörtlich wiedergegeben worden ist. Wir billigen ein solches Verfahren nicht, sind aber keineswegs davon überzeugt, daß auf der Seite Eisners eine Fälschungsabsicht vorgelegen hat. Eisner hat offenbar das Bestreben, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren, gegenüber den übrigen Tatsachen des Schönschen Berichtes, deren Echtheit unbestritten ist, für belanglos gehalten. Es ist nicht nur Eisner gewesen, der die Möglichkeit einer Lokalisierung für ausgeschlossen hielt. Man höre die fast prophetischen, auf amtliche englische Informationen gestützten Worte in dem Bericht unseres Botschafters aus London vom 26. Juli 1914, der in gefälschter Form Wilhelm II. zur Kenntnis gebracht worden ist:

„Ich möchte dringend davor warnen, an die Möglichkeit der Lokalisierung auch fernerhin zu glauben und die gehorsamste Bitte aussprechen, unsere Haltung einzig und allein von der Notwendigkeit leiten zu lassen, dem deutschen Volk einen Kampf zu ersparen, bei dem es nichts zu gewinnen und alles zu verlieren hat." (Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch I, S. 231, 232, dazu Anm. 2.)

Allerdings ist Fürst Lichnowsky, weil er den Mut seiner Ueberzeugung hatte (er wurde deswegen durch den Kanzler zurechtgewiesen!), unseren Nationalisten verdächtig. Sie haben hierbei das Unglück, daß einer ihrer Abgötter, nämlich Tirpitz, der Freund des Herrn Prof. Coßmann, dessen Verdienste um die Förderung des U-Boot-Wahnsinnes, unvergessen sind, dieselbe Ansicht wie Lichnowsky hat. Tirpitz spricht von dem Ultimatum an Serbien, dessen vorheriges Bekanntsein in Berlin er ausdrücklich feststellt und fährt dann wörtlich fort:

„Als ich jene Mitteilung nach Taraip empfing, war indeß mein erster Eindruck, daß dieses Ultimatum an Serbien unannehmbar wäre und leicht den Weltkrieg herbeiführen könnte. An die Möglichkeit, den serbisch-österreichischen Waffengang gegenüber Rußland zu „lokalisieren", habe ich nicht geglaubt, ebensowenig wie an die Neutralität Englands in einem Festlandskrieg. In diesem Sinne habe ich an meinen Amtsvertreter geschrieben und eine Verständigung mit dem Zaren empfohlen." („Erinnerungen", neue Aufl., 1920, S. 212.)

Die nationalistische Demagogie, die das Volk glauben machen will, daß der Friedensvertrag von Versailles auf der Fälschung eines Revolutionärs beruhe, sündigt nicht nur durch diese Ueberschätzung. Sie läßt vor allem auch vollständig den übrigen umfangreichen Inhalt des Eisnerschen Berichtes, der in seiner Echtheit unbestritten ist, im Dunkel verschwinden. Aber gerade dieser Inhalt wird, wenn es zu einer außenpolitischen Diskussion über die Schuldfrage kommt, in den Mittelpunkt der Erörterungen treten. Er ergibt ganz gewiß nicht den Vorwurf der Alleinschuld für Deutschland, er ergibt aber in Verbindung mit den „Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch", insbesondere ihrem ersten Bande, mit unheimlicher Deutlichkeit die schwere Mitschuld Deutschlands am Ausbruch des Unheils. Mit raffiniertestem Geschick haben die nationalistischen Talmudisten es verstanden, die Aufmerksamkeit weiter Volkskreise auf die sog. „Fälschung Eisners" zu konzentrieren, aber völlig die furchtbaren Argumente dieses Berichtes für Deutschlands Mitschuld ihrer Kenntnis zu entziehen. Glauben unsere Nationalisten wirklich, durch solche Fälscherkunststückchen der nationalen Sache der Friedens-

revision zu dienen? Oder werden nicht wieder alle diejenigen, die die Zertrümmerung Deutschlands wollen, genau wie im Kriege, als sie in den Kreisen der Vaterlandspartei — nach dem bekannten von Konrad Haußmann veröffentlichten Geheimbericht — ihre eigentlichen Förderer fanden, dankbar ihre alten Bundesgenossen begrüßen?

Denn der echte Schönsche Bericht stellt in Verbindung mit den erwähnten deutschen Dokumenten und den nach dem Kriege veröffentlichten österreichischen Urkunden die Wahrheit fest, daß nach dem Attentat von Sarajewo Oesterreich im Einverständnis mit Deutschland beschloß, Serbien kriegerisch niederzuwerfen, daß Oesterreich mit Billigung Deutschlands das bekannte Ultimatum an Serbien richtete mit dem Deutschland wohlbekannten Willen, daß es nicht angenommen werden solle, so daß der Krieg mit Serbien sicher eintreten werde. Oesterreich und Deutschland taten diesen Schritt, obwohl Deutschland besonders von englischer Seite vor einem solchen Schritt gewarnt war. Sie taten ihn, obwohl sie wußten, daß Serbien mit Rußland, Frankreich mit Rußland und England mit beiden verbündet war. Und sie unterließen den Schritt nicht, obwohl jeder ruhig und klar blickende Staatsmann wissen mußte, daß es zwischen Oesterreich und Serbien tatsächlich nicht nur österreichische und serbische Interessen gab, sondern daß in dem Verhältnis zwischen Oesterreich und Serbien, wie auf dem ganzen Balkan, Weltinteressen verflochten waren. Deutschland wollte den Weltkrieg, der aus dieser Verflechtung entstand, nicht. Es hat auch nicht planmäßig auf einen Weltkrieg hingearbeitet. Aber es hat, befangen in militaristischer Denkrichtung, die gewiß nicht auf Deutschland beschränkt war, und ohne Gefühl für die tatsächlichen Weltkräfte und Weltgefühle den Stein, der vielleicht an einem Abhange schon hing, ins Rollen gebracht.

Daraus ergibt sich vor allem die Schuld der damaligen deutschen Machthaber dem deutschen Volke gegenüber. Für diese Schuld war jene verhängnisvolle, leichtfertige Unterstützung Oesterreichs nur das letzte Ergebnis einer ziellos dahinsteuernden, keiner wirklichen Kontrolle unterworfenen Politik. Die angeblich über den Parteien stehende autoritative Staatsregierung hatte nicht die Kraft, weder gegen das Finanzkapital der Bagdad-Bahn, noch gegen das schwerindustrielle Kapital der Flotteninteressenten sich zu entscheiden. Sie zuckte, wie dann im Kriege, vor der letzten Verantwortlichkeit zurück. Die Monarchie, die angeblich die Verkörperung eines einheitlichen Willens war, war in Wirklichkeit ein Spielball sich gegenseitig befehdender Einzelkräfte. Daß der Krieg so verloren ging, wie er verloren wurde, liefert den letzten tragischen Beweis für diese Anarchie der Gewalten, der wir zum Opfer fielen.

Das Vorgehen gegen Serbien, die Unfähigkeit, Welt und Völker zu verstehen, haben den Krieg mit heraufbeschworen, der für Deutschland verloren war, als er begann. Es gibt keine größeren Hemmungen einer Erneuerung des politischen Geistes in Deutschland, wie der Versuch, das Kernproblem der Schuldfrage den Blicken des deutschen Volkes aus politischem Gruppeninteresse zu entziehen. Nur in freier Selbsterkenntnis, die auf dem Mut zur Wahrheit beruht, können wir eine höhere Stufe des politischen Geistes erreichen. Nur wenn wir deutsche Mitschuld im Unglück Europas innerlichst mittragen, werden wir den Weg ins Freie finden. Er führt allein zu einer wirklichen Revision des Friedensvertrages, die nicht möglich ist ohne den allseitigen Geist der Wahrheit und des Friedens.

Offener Konflikt in Sachsen.

Kommunisten und Bürgerliche Hand in Hand.

Dresden, 15. Juni. (WTB.) Der Landtag hat in seiner heutigen Sitzung den Polizeietat mit dem Regierungsentwurf über die Neuorganisation der staatlichen Polizei mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Kommunisten abgelehnt.

Die Beamtenmaßregelungen.

Gewerkschaften beim Reichskanzler.

Donnerstag vormittag hat der Reichskanzler Vertreter der drei Spitzenverbände, des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes und des AfA-Bundes — die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter und der Deutsche Eisenbahnerverband waren gleichfalls vertreten — empfangen und deren Wünsche und Beschwerden betreffend Maßregelungen wegen des Februarstreiks angehört. Der Reichskanzler wird nach Fühlungnahme mit den zuständigen Ressorts eine Stellungnahme der Reichsregierung baldmöglichst herbeizuführen.

Kloth, der Verleumder.

Herr Emil Kloth, ein ehemaliger Parteigenosse, der sich jetzt bei der Rechtspresse mit Verleumdungen der Sozialdemokratie Geld verdient, schreibt im „Tag":

Es ist einfach die vollendetste Heuchelei, wenn die Sozialdemokratie Abscheu vor politischen Attentaten mimt. Es ist in ihr von jeher in vertraulichen Kreisen das politische Attentat als selbstverständliche und berechtigte Erscheinung angesehen worden, d. h. soweit es sich gegen ihre politischen Gegner richtete. Nur von den letzteren angewandt, war es ein abscheuliches Verbrechen. Ich behaupte damit nicht zuviel, denn ich weiß aus meiner 32jährigen Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie, wie man in ihr über politische Attentate dachte.

Wir fragen Herrn Kloth öffentlich, wann ein Mitglied der Deutschen Sozialdemokratie ein Attentat auf einen politischen Gegner unternommen und wann ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ein solches Attentat gebilligt hat. Kloth zitiert eine Resolution des St. Gallener Parteitags von 1887, der es für begreiflich erklärt, wenn „Verfolgte und Geächtete" in der Verzweiflung zu individuellen Gewaltakten greifen, und er meint, die „aufs äußerste Geächteten und Verfolgten" seien heute „die Anhänger der nationalen Parteien". Kloth weiß, daß es 1887 ein Sozialistengesetz gab, das die Sozialdemokraten nur um ihrer Gesinnung willen von Haus und Hof jagte und daß trotzdem kein Sozialdemokrat gegen die Urheber dieses Gesetzes seine Waffe erhoben hat. Ein Mann von der Wahrheitsliebe des Herrn Kloth hat bei den „nationalen Parteien" allerdings den Platz gefunden, auf den er gehört.

Koalitionskrise in Mecklenburg.

Schwerin, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Freistaat Mecklenburg-Schwerin ist plötzlich eine Regierungskrise ausgebrochen. Durch den Rücktritt des bisherigen Landwirtschaftsministers Schulz war die Bestellung eines Nachfolgers notwendig geworden. Die Regierung beruhte seit den letzten Landtagswahlen auf einer Koalition von Sozialdemokraten, Demokraten und Deutscher Volkspartei. Sie wurde außerdem unterstützt durch den kleinbäuerlichen „Dorfbund". Der letztere schlug zum Landwirtschaftsminister jetzt seinen Vorsitzenden Stier vor. Gegen ihn aber erhob die Deutsche Volkspartei Widerspruch und stellte einen eigenen Kandidaten auf. Bei der Wahl im Landtage stimmten die Sozialdemokraten für den Dorfbündler, die Demokraten gaben weiße Zettel ab, während der Kandidat der Volkspartei 15 Stimmen erhielt.

Im Anschluß an die Wahl legte der bisherige volksparteiliche Kultusminister Professor Reincke-Bloch sein Amt nieder und ihm folgte der parteilose Justizminister Dr. Brückner. Durch diese Amtsniederlegung ist plötzlich die Frage der Regierungskoalition neu aufgeworfen worden. Scheiden die Volksparteiler aus der Regierungsmehrheit aus, so ist es fraglich, ob die unter Leitung unseres Genossen Stelling stehende Regierung weiter eine arbeitsfähige Mehrheit im Landtage aufbringen kann. Der Konflikt zwischen der Volkspartei und den Dorfbündlern scheint sich sehr stark zugespitzt zu haben, so daß es die Frage ist, ob er in den nächsten Tagen überbrückt werden kann.

Französische Kommunisten gegen Moskau.

Wir berichteten kürzlich über den Fall des Herausgebers des Pariser kommunistischen Blattes „Journal de Peuple", Henri Fabre, der auf Beschluß des Exekutivkomitees der Dritten Internationale aus der KP. Frankreichs ausgeschlossen wurde, wobei der Ausschluß auch allen Parteimitgliedern angedroht wurde, die weiter an seinem Blatt mitarbeiten würden. In der „Roten Fahne" hatte Thalheimer anläßlich dieser Maßnahme der Moskauer Exekutive, die er, natürlich rückhaltlos billigte, ausgeführt, daß dies zu einer ernsten Krise innerhalb der französischen Kommunistenpartei führen könnte. Er sollte sehr bald recht behalten. Der französische kommunistische Parteivorstand hat zwar am 1. Juni den Ausschluß Fabres bestätigt, aber die für solche Fragen zuständige „Commission des conflits" (auf deutsch: Krachkommission) hat sich ebenfalls mit dem Fall beschäftigt und dazu wie folgt Stellung genommen:

Drei Fragen wurden ihr vorgelegt:

1. Ist es geboten, die Beschlüsse des Moskauer Exekutivkomitees und des Parteivorstandes restlos und ohne Vorbehalt anzunehmen?

Mit neun gegen drei Stimmen hat sich die Kommission gegen eine solche Zustimmung zu dem Ausschluß ausgesprochen.

2. Soll sich die Kommission als infolge dieser Beschlüsse für den Fall nicht mehr zuständig betrachten?

Mit fünf gegen drei Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen erklärte die Kommission, daß, nachdem sie einmal regulär mit der Angelegenheit betraut gewesen ist, sie dafür zuständig bleibe.

3. Welches ist die Ansicht der Kommission über die Angelegenheit selbst?

Mit sieben gegen drei Stimmen beantwortete die Mehrheit der Kommission diese Frage durch Annahme einer Resolution, wonach das Exekutivkomitee der Dritten Internationale durch den Ausschluß Fabres eine politische Tendenz der französischen Kommunistenpartei habe treffen wollen und es einer Kommunistenpartei unwürdig sei, die Last einer kollektiven Verurteilung auf einen einzelnen Genossen zu übertragen.

Am Schluß dieser stürmisch verlaufenen Sitzung haben vier moskautreue Kommissionsmitglieder ihr Amt niedergelegt.

Bezeichnend ist, daß die „Humanité" diese Vorfälle bisher mit keinem Wort erwähnt hat!

Fronarbeiters Sonnenwende.

In Caub am Rhein (unbesetztes Gebiet) wird durch Plakate zu einer „Sonnenwendfeier" für den 24. Juni aufgefordert. Alle „auf vaterländischem Boden stehenden" Staatsbürger werden zu dieser Feier eingeladen. Die Unternehmer dieser Veranstaltung sind auf dem Plakat ebensowenig genannt wie die Redner. Wie aber bestimmt verlautet, werden neben dem deutschnationalen Abgeordneten Wulle ein Redner aus der deutschvölkischen Bewegung und General Ludendorff sprechen. Acht Extradampfer und acht Extrazüge sind für die Veranstaltung zur Beförderung von Teilnehmern aus der Umgebung zur Verfügung gestellt.

Es ist anzunehmen, daß Ludendorff die Gelegenheit benutzt, um am Blücherdenkmal mitzuteilen, wie er gezwungen ist, für das „fremde Kapital" der deutschenfeindlichen Northcliffpresse antideutsche „Fronarbeit" zu leisten.

Gegen die Loslösungsbestrebungen. Zu Anfang seiner letzten Sitzung faßte der Kreistag des Kreises Düren unter einmütiger Zustimmung aller in ihm vertretenen politischen Parteien, einschließlich der Kommunisten, eine Entschließung, wonach allen Loslösungsbestrebungen vom Staate Preußen und dem deutschen Reiche der schärfste Kampf angesagt wurde. Auch um den Preis der Aufhebung der gerade Stadt und Kreis Düren so schwer bedrückenden Last der Besetzung will man von einer Neutralisierung des deutschen Rheinlandes oder Lockerung seines staatsrechtlichen Zusammenhanges mit Preußen nichts wissen.

Gehirnrost.

Von Hans Klabauermann.

Als ich neulich bei meinem Onkel Franz in Görlitz weilte, fragte ich ihn, warum er denn immer noch an seinen Gaslampen die alten Flachbrenner mit dem flackernden unruhigen Licht verwende. Seine Antwort war überraschend:

„Ja, eine Petroleumlampe wäre mir auch lieber, aber Petroleum ist teuer und schlecht."

In geziemend bescheidener Weise erwiderte ich, daß mir Petroleum, Kerzen oder der Kienspan auch nicht im Sinn gelegen haben, aber das Gasglühlicht bewähre sich seit einiger Zeit recht gut. Onkel Franz aber sprach:

„Nein, das weiß ich nun besser, lieber Hans, Glühstrümpfe sind Schwindel. Der Seifenhändler hat mir mal den Schund angedreht. Ich stecke den Strumpf auf und zünde ihn an. Da schießt auf einmal eine lange Flamme hoch. Wie ich puste, was soll ich Dir sagen, fliegt der ganze Strumpf wie Asche auseinander. Dies Zeug kommt mir nicht wieder ins Haus!"

Obgleich ich über die Sachlage eine andere Ansicht hatte, ging ich nicht weiter auf die Angelegenheit ein. Denn mein Onkel Franz rettet mich oft, wenn die Wogen der Schulden über meinem Haupt zusammenschlagen.

Ich hätte ihn auch weder mit Menschen- noch mit Engelszungen bekehrt. Soviel habe ich nämlich trotz meiner in Berlin und Vororten bekannten Harmlosigkeit bereits gemerkt: Kein Fischleim und kein Giesberts klebt so fest wie alteingefressene Ueberzeugungen. Wie so vieles andere ist auch das menschliche Gehirn nicht ganz einwandfrei konstruiert. Es erinnert in seinem Mechanismus an die bekannten Mausefallen aus Draht mit der trichterförmigen Oeffnung, durch die die Mäuse zwar hinein-, aber nicht mehr hinausspazieren können. So ähnlich nisten sich im Gehirn mühselig einige Vorstellungen ein. Schließlich ist es voll und wirkt von nun ab wie ein Automat. Bekanntlich siegen in jedem Krieg — um die Stimmung zu halten — beide Parteien. Nachdem wir eine Reihe von Monaten gesiegt hatten, war der Krieg verloren. Diese Erkenntnis ging aber in den stark beanspruchten Schädel nicht hinein. Infolgedessen lebt noch heute der Gedanke, daß wir eigentlich gesiegt haben. Geister, die sich noch einige Beweglichkeit gerettet haben, machen zwar eine kniffliche Unterscheidung zwischen wirtschaftlich und militärisch. Aber, wir haben gesiegt. Es hat auch noch keinen Krieg gegeben, in dem nicht über alle verwickelten Länder, auch über die siegreichen, namenloses Elend gekommen wäre. Weil es aber so üblich ist, gilt der Krieg und alle militärischen Einrichtungen als etwas Lustiges, als eine Art Maskenvergnügen. Es ist daher nicht weiter erstaunlich, wenn die Reichswehr der Republik vor Hindenburg, dem kaiserlichen, besiegten Feldherrn, in Form einer Parade Männchen macht und bei der Gelegenheit ein bißchen schießt und sticht. Wozu hätte der Soldat sein Schießgewehr, wenn er nicht schießen wollte? Oder wenn aus einem immerhin traurigen Anlaß, nämlich um der gefallenen Flieger zu gedenken, in München mit Prinzen lärmender Klimbim gemacht wird, aber der Reichspräsident bei seinem Besuch in derselben Stadt den plötzlich erkrankten Reichswehrminister vermißt, dafür aber von den besseren Leuten angepöbelt wird. Er hat es eben ganz und gar verabsäumt, wie frühere Staatsoberhäupter kapitale Dummheiten zu begehen und sich dadurch Volkstümlichkeit zu erwerben. Es wäre in Deutschland immerhin denkbar, daß von einem bestimmten Zeitpunkt ab die Kinder gleich mit dem Stahlhelm auf dem Kopf geboren würden. Erstaunlich wäre es nur, wenn sowas Verwunderung erregte.

Versuche, liebwerter Leser, diese Erkenntnisse zunächst in Deinen überlasteten Schädel zu zwängen, und dann betrachte die sonstigen Ereignisse der Woche. Die englischen und amerikanischen Bankiers haben Deutschland augenblicklich für zu verschuldet und zu arm gehalten, als daß sie ihm Geld leihen könnten. Darauf schreibt ein Pariser Abendblatt: „Wenn Herr Morgan in dem vom Kriege verheerten Frankreich erklärt, die deutschen Schulden müßten herabgesetzt werden, falls Europa geholfen werden solle, dann fragt man sich, ob die Welt nicht verrückt geworden (!) ist." Und der „Matin" berichtet, daß das Scheitern der Anleiheverhandlungen des Komitees Morgan kein Grund dafür sein könne, um die Reparationsverpflichtungen nicht zu erfüllen.

Nach den voraufgegangenen Verzwicktheiten bitte ich die deutsche Regierung, mir folgende Anfrage nicht zu verübeln:

„Nachdem der freigesprochene Herr Killinger so erfolgreich kappgeputscht hat und darauf hin zum Führer einer Formation in der Reichsmarine ernannt worden ist, eignet er sich nicht allein für den Präsidentenposten in der Goethe-Gesellschaft neben Prof. Roethe, sondern ist als Nachfolger des Reichswehrministers Geßler in Aussicht zu nehmen. Wann gedenkt die Reichsregierung Herrn Killinger das Portefeuille zu übergeben?"

Die Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Auch ein Vergnügungspark kann sein Gesicht wandeln — und einmal ernsteren Dingen seine Seele öffnen. In der Hasenheide, zwischen Gartenlokalen und Tanzmusik, zwischen verschwiegenen Likörstuben und Berliner Rummel hat die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung für Geschlechtskrankheiten und das Deutsche Hygienemuseum in Dresden ihre Ausstellung eröffnet, die ernster Volksbelehrung dienen soll. Wohl strömen Scharen von Menschen die Hasenheide entlang — jedoch nicht zur Ausstellung, sondern zu jenen erwähnten Vergnügungsplätzen. Und wie vielen von ihnen gerade, die ihre freie Zeit hier nutzlos vergeuden, wäre es heilsam, in der Ausstellung Anregungen zu empfangen zu ernsthaftem Nachdenken über Gefahren, die unserer Volksgesundheit und dem einzelnen durch Unwissenheit, Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit drohen. In ausgezeichneter, würdiger Form werden dem Beschauer die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten und die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung und auch die Möglichkeit einer Verhütung durch und für den einzelnen klargestellt. Ueber die drei Geschlechtskrankheiten Tripper, weicher Schanker und Syphilis wird an Hand instruktiver Abbildungen und wertvoller Wachspräparate dem Publikum alles Wissenswerte vorgeführt. Tafeln mit Text weisen dem Besucher den Weg zum Verständnis der ausgestellten Gegenstände. Wenn man bedenkt, wie stark die Geschlechtskrankheiten, die als Massenerscheinung so bedeutsam sind, Lebensfreude, Genußfähigkeit und Arbeitskraft des einzelnen bedrohen und über ihn hinaus eine Gefahr für die Nachkommen bilden, so sollte gerade der Arbeiter, dessen Arbeitskraft sein größtes Kapital ist, sich eingehend um diese Fragen kümmern und den Weg in die Ausstellung finden. Auch derjenige, der diesen Dingen nicht als ganz Fremder gegenübersteht, kann hier in den Debatten, die sich der täglichen um sechs Uhr stattfindenden ärztlichen Führung anzuschließen pflegen, weitere Aufklärung finden. Und wer sich über diese Fragen klar geworden ist, sollte es als seine Pflicht betrachten, Freunde und Arbeitskameraden zu einem Besuch der Ausstellung anzuregen. Die Bekämpfung der Volkskrankheiten wird nicht eher Fortschritte machen, und alle gesetzlichen Maßnahmen werden die erwartete Besserung nicht eher bringen können, als der der einzelne tätig dabei mitzuhelfen den Willen hat. — Die Ausstellung ist täglich im Vergnügungspark Hasenheide von 10—8 Uhr geöffnet; die ärztliche Führung beginnt um 6 Uhr; am Sonntag findet eine Führung vormittags und eine nachmittags statt. Am Donnerstag ist die Ausstellung nur für Frauen geöffnet.

H. H.

Zu frühe Einschulung. Vielfach stellt es sich in den ersten Schulwochen heraus, daß einzelne neu eingeschulte Kinder dem Unterrichte nicht folgen können, daß es ihnen unmöglich ist, sich zu sammeln und ihre Aufmerksamkeit auf den Lehrer zu richten. In solchen Fällen gibt dann oft der Schularzt oder die Schule den Eltern den Rat, die Kinder wieder aus der Schule herauszunehmen und erst nach einem Jahre wiederzubringen. Wollen die Eltern sie nicht im Hause behalten, so bieten die an manchen Orten eingerichteten Schulkindergärten eine gute Gelegenheit zur Unterbringung. Es muß den Eltern der dringende Rat gegeben werden, die Vorschläge der Schule zu beachten. Schulunreife Kinder sind nicht nur dem Unterrichte ein Hemmnis. Ihr längeres Verweilen in der Schule ist auch für sie selbst von ungünstigstem Einfluß. Sie können, wenn ihr Körper nicht den Anstrengungen gewachsen ist, verkümmern und kränkeln, sie können aber auch, wenn sie beim Unterrichte liegen gelassen werden, geistigen Schaden erleiden. Bleiben sie der Schule fern, so werden sie sich meist in einem Jahre so erholen, daß sie nun dem Unterrichte vollauf folgen können. Das für die Schule verlorene Jahr bedeutet dann für die Gesundheit einen unersetzlichen Gewinn.

Dr. F.-D.

Wie lange reichen die Energievorräte der Erde? Der berühmte Gelehrte Svante Arrhenius, der sich eingehend mit den Energiefragen der Welt beschäftigt hat, fällte kürzlich ein ziemlich pessimistisches Urteil über die Energievorräte, die unserer Erde zur Verfügung stehen. Wie Heinrich Lux in den „Sozialistischen Monatsheften" berichtet, ging er von den Zusammenhängen der einzelnen Energieformen mit der Sonnenenergie aus. Bei diesen Aufstellungen ist natürlich mit ungeheuren Zahlen zu rechnen, und Arrhenius setzte daher als Einheit eine Billion Kalorien. Von dieser Größe kann man sich folgendermaßen eine Vorstellung machen: Eine Kalorie ist diejenige Wärmemenge, die aufgewandt werden muß, um 1 Liter Wasser um 1 Grad des 100teiligen Thermometers zu erwärmen. Eine Billion Kalorien ist notwendig, um einen Wasserwürfel von 1 Kilometer Länge, 1 Kilometer Breite und 1 Kilometer Höhe um 1 Grad zu erwärmen. Unter Zugrundelegung dieser Zahl als Einheitsmaß nimmt Arrhenius die Wärmestrahlung der Sonne mit 3 Trillionen Billionen Kalorien an. Von der Gesamtstrahlung der Sonne gelangen aber nur 0,53 Milliarden Bil-

Der Moskauer Prozeß.

Moskau, 15. Juni. (OE.) Nach dem sowjetamtlichen Prozeßbericht war die Vormittagssitzung vom 13. Juni Zeugenvernehmungen gewidmet. Vandervelde forderte besondere Stenographen für die Verteidigung, wobei er sich auf das Berliner Abkommen stützte. Bucharin erhob Einspruch; das Berliner Abkommen bestehe nicht mehr, weil die 2. Internationale die Einberufung des Welt-Arbeiterkongresses abgelehnt und dadurch das Abkommen aufgehoben habe. Lunartscharski fügte hinzu, daß für das Oberste Tribunal keinerlei Abkommen bindend seien und daß auch Vandervelde und Rosenfeld nicht auf Grund des Berliner Abkommens zu Verteidigung zugelassen worden seien, sondern auf Grund der freien Entschließung des Volkskommissars für Justizwesen, Kursti. Das Tribunal lehnte daraufhin die Forderung Vandervoldes ab.

Das Tribunal hat die erste Uebersetzung der Rede Vandervoldes einziehen lassen und angeordnet, die Rede nach dem französischen Stenogramm neu zu übersetzen.

Durch den letzten Satz des sowjetamtlichen Berichts bestätigt sich die private Meldung, daß die in Moskau als Extrablatt verbreitete Verteidigungsrede Vandervoldes konfisziert worden ist, weil sie durch die Uebersetzung entstellt sei. Daß die sowjetamtlichen Prozeßberichte, die allein bisher telegraphisch ins Ausland übermittelt werden können, kein objektives Bild der Verhandlungen gewähren, zeigt sich schon in der Tatsache, daß darin sowohl die große Verteidigungsrede Vandervoldes als auch die Rede des Hauptangeklagten Goz, die einen großen Teil der Sitzung vom 12. Juni ausgefüllt hat, nur mit wenigen Worten erwähnt werden.

Ein Bericht, den die Auslandsdelegation der Sozialrevolutionären Partei erhalten hat, gewährt in wesentlichen Punkten ein anderes Bild von den wichtigen ersten Erklärungen der Angeklagten Timofejew und Goz vom 10. Juni, als der Sowjetbericht. Danach hat Timofejew in seiner Erklärung den bewaffneten Kampf der Sozialrevolutionäre gegen die Sowjetregierung damit begründet, daß diese jeden offenen und gesetzmäßigen politischen Kampf durch ihren Terror unmöglich gemacht und sogar die in die Sowjetinstitutionen gewählten Vertreter der Sozialrevolutionäre vertrieben und verhaftet habe. Der Beschluß der 8. Konferenz der Sozialrevolutionäre, den bewaffneten Kampf einzustellen, sei durch die Einsicht verursacht worden, daß die Kräfte und der Besitz des Volkes durch den Bürgerkrieg noch mehr als durch den Weltkrieg zerstört würden, und daß die Gefahr vorgelegen habe, anderenfalls die reaktionären Pläne gewisser militärischer Führer zu fördern. Die Verantwortung für militärische und finanzielle Hilfe fremder Mächte hat Timofejew nach diesem Bericht von der Partei abgewälzt und lediglich der damaligen Gegenregierung zugeschoben. Endlich hat Goz ausdrücklich hervorgehoben, daß die Partei jede Verantwortung für die Handlungen einzelner ihrer Mitglieder ablehne, welche Anschläge auf das Leben ihrer politischen Gegner ausgeführt haben.

•

Am 13. Juni wählte die Exekutive der Kommunistischen Internationale in das Präsidium der 3. Internationale als Vorsitzenden wiederum Sinowjew und als Mitglieder Bucharin und Radek (Rußland), Brandler (Deutschland), Souwarin und Lesage (Frankreich), Gramsci (Italien), Schmeral und Hilek (Tschechoslowakei), Jordanow (Bulgarien).

Sowjetrußland läßt Zeitungen verbieten.

Kowno, 15. Juni. (MtB.) Die Kownoer Zeitung „Echo", die oft als Sprachrohr der litauischen Regierung benutzt wurde, ist auf energische Vorstellungen der sowjetrussischen Gesandtschaft wegen sowjetfeindlicher Sprache auf unbeschränkte Zeit verboten worden. Die gesamte litauische Presse sieht darin eine schwere Verletzung der litauischen Souveränität. Die litauische Regierung ist bestrebt, angesichts des Konflikts mit Polen möglichst freundschaftliche Beziehungen zu Moskau zu unterhalten, und befahl daher dem Kommandanten von Kowno, das Verbot gegen das Blatt zu erlassen.

---

sionen Kalorien wirklich auf der Erdoberfläche zur Wirkung. Die für uns wichtigste Energiequelle sind die Kohlenvorräte, die Arrhenius mit 44 Millionen Billionen Kalorien berechnet und die bei gleichbleibendem Verbrauch erst in etwa 7000 Jahren erschöpft wären. Da aber der größte Teil der Kohlen für die gegenwärtige Technik nicht gewinnbar ist, so muß mit ihrer Erschöpfung in rund 2000 Jahren gerechnet werden. In Wirklichkeit nimmt die Kohlenförderung aber stetig zu, so daß der Erschöpfungszustand weit eher erreicht werden dürfte. Als Ersatz für die Kohlen reicht der Energiegehalt der fließenden Gewässer bei weitem nicht aus, denn es stehen nur 4000 Billionen Kalorien zur Verfügung. Deutschland, England und Rußland sind mit 0,02 PS auf den Kopf der Bevölkerung bei der Verteilung der Wasserkräfte auf der Erde am schlechtesten bedacht, Island mit 22,01 PS am besten, dann Norwegen mit 5,3 PS. Die Menschheit hat also allen Anlaß, mit den Energiekräften sparsam umzugehen und besonders der Vergeudung der Kohle vorzubeugen. Arrhenius hält, wenn nicht neue Energiequellen erschlossen werden, eine Zukunft für möglich, in der die Völker wieder, wie im Anfang der Kultur, um das Mittelländische Meer zusammenströmen werden, wo die Sonne als letzte unmittelbare Quelle Licht und Wärme spendet.

Die russischen Gefängnisse. Bei dem letzten Rätekongreß im Dezember 1921 wurde eine Kommission zur Inspektion der Gefängnisse eingesetzt. Diese hat jetzt ihren Bericht abgegeben, aus dem hervorgeht, daß sich die russischen Gefangenenanstalten in einem unglaublichen Zustand befinden. Sämtliche Gefängnisse sind überfüllt. In mehreren sind drei- bis fünfmal so viel Gefangene untergebracht, als ordnungsgemäß zulässig ist. Die sanitären Verhältnisse spotten jeder Beschreibung. Die Gefängnishöfe sind voll Unrat, der seit Jahren lagert, die Luft ist durch den fürchterlichen Gestank verpestet. In den Gefängnissen in Orel, Jaroslaw, Charkow und Kiew gibt es keine Heizgelegenheit. Decken und Wände glänzen vor Feuchtigkeit, Ungeziefer gibt es in Massen. Die Krankenstuben der Gefängnisse sind im gleichen Zustand wie diese selbst. Die Kranken liegen in ihren Kleidern unmittelbar auf widerwärtigen zerrissenen Strohmatten. In der Regel fehlt es an Bettwäsche und Unterkleidern. Arzneien und sonstige medizinische Artikel gibt es nicht. — Gegenwärtig sind in den russischen Gefängnissen im ganzen 67000 politische und 49000 andere Gefangene untergebracht. Die in Strafanstalten und Konzentrationslagern Eingesperrten sind dabei nicht mitgerechnet. Die Inspektionskommission dringt auf Entlassung der Verwaltungsbeamten in den meisten Gefängnissen und schlägt eine erneute, gründlichere Untersuchung vor.

Eine Buchausstellung „Der Orient", die neben Werken Originalen eine Zusammenstellung der diesbezüglichen in Deutschland erschienenen Literatur zeigt, veranstaltet die Gutenberg-Buchhandlung, Tauentzienstr. 5.

„Die Probleme der Geschlechtlichkeit" behandelt in Lichtbildervorträgen Dr. Günther Tuft vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie (Dahlem) am 16., 23. und 30. in der Aula des Realgymnasiums, Hohenstaufenstr. 47/48, abends 7½ Uhr.

Der erste „Feuerbestattungsfilm" wird gegenwärtig durch die Deutsche Lichtbild-Gesellschaft E. V. vorbereitet. Die bildliche Darstellung bringt nach einem Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung der Feuerbestattung auch industrielle und technische Einzeldarstellungen der wichtigsten Vorgänge bis zur Neuzeit.

Eröffnung der Haager Vorkonferenz.

Haag, 15. Juni. (DA.) Um ½3 Uhr nachmittags wurde heute die Vorkonferenz, vorderhand ohne die Russen, eröffnet. Selten ist eine Konferenz, selbst die von Genua, so unvorbereitet eröffnet worden wie diese. Die Tagesordnung war heute früh noch nicht festgesetzt. Die genaue Zahl der vertretenen Mächte steht noch immer nicht fest. Von den 34 Regierungen, die in Genua vertreten waren, haben bisher 18 ihre Teilnahme zugesagt, aber noch nicht alle ihre Delegationen abgesandt. Die französische Delegation ist erst heute morgen aus Paris abgereist, Frankreich war also bei der Eröffnungssitzung nur durch seinen Haager Gesandten Benoist vertreten.

Haag, 15. Juni. (Haager Korrespondenzbureau.) Aus Anlaß der Eröffnung der Konferenz begrüßte der Minister des Aeußern van Karnebeek die Teilnehmer im Namen der Regierung mit einer Ansprache, in der er das Ziel der Konferenz in Erinnerung brachte. Es könne sehr vorteilhaft sein, aufs neue zu versuchen, das Problem der Wiederaufrichtung Rußlands und des Wiederaufbaues des Friedens auf einer gemeinsamen Grundlage zu lösen. Van Karnebeek wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus dem tiefgehenden Unterschied in den Prinzipien und Methoden Sowjetrußlands und denen der übrigen Staaten ergeben, und darauf, daß das in Rußland herrschende System den wirtschaftlichen Wiederaufbau dieses Landes zu hindern scheine. Nach der bedeutungsvollen Konferenz in Genua sei eine neue Periode eingetreten, in der es darauf ankomme, die grundlegenden Tatsachen zu sammeln und den Versuch zu machen, sie zu studieren und zu gliedern. Der Weg zur ruhigen Ueberlegung sei geöffnet. Die Versammlung wählte van Karnebeek einstimmig zum Vorsitzenden.

Haag, 15. Juni. (EP.) Nach holländischen Blättern hatten die Russen mit den Engländern eine Besprechung über die Behandlung der Zurückgabe des Privateigentums in Rußland. Die Russen haben danach erklärt, sie seien bereit, 90 Proz. des beschlagnahmten Besitzes zurückzugeben. Man werde die Russen noch darüber befragen, warum sie sich weigern, das restliche Zehntel zurückzuerstatten. Um die Angaben der russischen Sachverständigen zu prüfen, sollen Studien- und Untersuchungskommissionen ernannt werden, die an Ort und Stelle untersuchen, in welchem Zustand sich die Industrien befinden, die die Bolschewisten ihren ehemaligen Eigentümern zurückgeben wollen.

Auch Italien gegen Poincaré.

Paris, 15. Juni. (WTB.) Der italienische Botschafter Graf Sforza hat gestern im Ministerium des Auswärtigen die Antwort seiner Regierung auf die französische Denkschrift vom 1. Juni über die Haager Konferenz überreicht. In der kurzen Antwort wird es als untunlich erachtet, die Bedingungen zu ändern, unter denen die Sachverständigenkonferenz einberufen worden ist.

Die englisch-französischen Gegensätze.

London, 15. Juni. (EE.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Herald" glaubt mitteilen zu können, daß der englische Botschafter Lord Hardinge Poincaré ein Memorandum überreicht habe, in dem dargelegt wird, daß der französische Schutzvertrag, der in Cannes geplant war, der Lösung aller zwischen Frankreich und England schwebenden Streitfragen nachfolgen müsse und **nicht vor Klärung dieser gegensätzlichen Anschauungen abgeschlossen werden könne.** Unter diesen Streitfragen finden sich die über den nahen Osten, die Tangerfrage und so weiter. Da jedoch keinerlei Fortschritt in der Lösung dieser Fragen gemacht wurde, **könne von einer Erörterung des französisch-englischen Schutzvertrages keine Rede sein.** Die Lage im nahen Osten werde täglich unbefriedigender. Die Konferenz, die gelegentlich der Tagung der Außenminister geplant war, habe niemals stattgefunden, die Anregung der Kemalisten, eine Besprechung zwischen den Alliierten und der Türkei herbeizuführen, von der die Griechen ausgeschlossen sein sollten — eine Besprechung, die von der französischen Regierung begünstigt werde — begegne in England einstimmigem Widerspruch. Zwischen England und der Auffassung in Frankreich herrschten in dieser Frage tiefgehendste Meinungsverschiedenheiten.

Die fällige 50-Millionenrate bezahlt.

Paris, 15. Juni. (EE.) „Journal des Debats" teilt mit, daß die Reparationskommission von der deutschen Regierung offiziell verständigt ist, daß letztere die heute fälligen 50 Millionen Goldmark bezahlt hat. Die Reparationskommission hat allerdings noch keine Bestätigung dieser Einzahlung von den in Frage kommenden Banken erhalten, aber man glaubt, daß diese unverzüglich eintreffen wird.

Keine kleine Anleihe an Deutschland.

Paris, 15. Juni. (EP.) Der „Temps" dementiert die Meldung aus Berlin, wonach das Garantiekomitee Deutschland gegen die Bürgschaft der in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Güter eine Anleihe gewähren werde. Das Garantiekomitee, das Sonnabend nach Berlin abreist, habe keine Vollmachten, um über irgendeine Anleihe zu unterhandeln. Seine Tätigkeit werde sich auf die Aufgaben beschränken, die in der gestrigen Note der Reparationskommission aufgezählt worden sind.

Lloyd George, Rathenau und Rapallo.

London, 15. Juni. (WTB.) Im Unterhaus richtete William Thorne an den Premierminister die Anfrage, ob Reichsminister Dr. Rathenau in Genua vor der Unterzeichnung des Vertrags von Rapallo drei Versuche gemacht habe, eine private Zusammenkunft mit Lloyd George zustande zu bringen und ob eine Zusammenkunft zustande gekommen sei, bevor Dr. Rathenau und die Russen den Vertrag von Rapallo unterzeichneten. Lloyd George antwortete, die Genueser Konferenz sei am 10. April eröffnet und der Vertrag von Rapallo am 16. April unterzeichnet worden und erklärte alsdann wörtlich: „Ich habe Dr. Rathenau in den ersten Tagen der Woche wenige Minuten gesehen, und, da ich den Sinn von zwei Mitteilungen, die mir durch Vermittlung einer meiner Privatsekretäre gemacht worden waren, wohl zu deuten wußte, so sagte ich, ich würde mit Dr. Rathenau und dem Reichskanzler zusammentreffen, sobald die erste anstrengende Periode der Konferenzarbeit vorüber sei. **Es wurde auch völlig klar gemacht, daß keinerlei Fragen, die Deutschlands besondere Interessen berührten, in Abwesenheit der deutschen Vertreter behandelt werden würden.** Ich versuchte nunmehr, ein Zusammentreffen mit dem Reichskanzler und Dr. Rathenau zu Ostern zustandezubringen, aber die Abwesenheit Dr. Rathenaus, der sich in Rapallo befand, verhinderte dies."

Shirsen Benn fragte, ob der Premierminister eine Information darüber erhalten hätte, daß das Abkommen vor Genua zustandegekommen sei.

Lloyd George antwortete wörtlich: „Ich hatte Informationen, daß derartige Verhandlungen in Berlin geführt worden waren und daß in Rapallo lediglich das letzte Stadium zum Abschluß gebracht wurde."

Lord Parmoor für Rapallo.

London, 15. Juni. (WTB.) Lord Parmoor erklärte auf der Jahresversammlung der Friedensgesellschaft in London, auf der er den Vorsitz führte, die grundlegenden Fragen, von denen der Friede in Europa abhänge, seien die Regelung der deutschen Reparationen und die Beschaffung von Krediten für Rußland. Solange die deutschen Reparationen nicht geregelt seien, werde Europa das „friedlose Europa" bleiben. Diese Regelung könne nur auf der Grundlage einer vernünftigen und möglichen Summe erzielt werden. Der deutsch-russische Vertrag von Rapallo bedeuet einen Fortschritt, er sei nicht ein militärischer Garantievertrag, sondern ein Vertrag zur Förderung des Handels zwischen Völkern, die schwer unter den Folgen des Krieges litten. Der Versailler Vertrag enthalte eine Bestimmung, die vorsehe, daß die alliierten und assoziierten Mächte Rußland das Recht vorbehielten, von Deutschland nach den Grundsätzen des Versailler Vertrages Wiedererstattung und Reparationen zu verlangen. Der Zweck einer solchen Klausel scheine zu sein, eine Aera der Beunruhigung zwischen Rußland und Deutschland zu fördern. Darüber müßten sich alle Freunde des Friedens freuen, daß diese Bestimmung, die Reibungen und finanzielle Unsicherheit zur Folge gehabt hätte, durch den Rapallovertrag beseitigt worden sei.

Frankreichs Militärgesetz und Rapallo.

In der französischen Kammer wurde ein sozialistischer Antrag zum Militärgesetzentwurf, der für die ältesten Söhne von Witwen mit vier Kindern die zwölfmonatige Dienstzeit verlangt, vom Kriegsminister Maginot unter besonderem Hinweis auf den Rapallo-Vertrag (?) bekämpft. Der Antragsteller teilte mit, sein Antrag sei im Ausschuß tags zuvor nur mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt worden, woraufhin zwei Ausschußmitglieder, General Castelnau und Oberst Fabry, zu Poincaré gegangen seien, um diesen zu veranlassen, die Vertrauensfrage zu stellen. Poincaré bestätigte dies. Schließlich wurde der Antrag gegen eine starke Minderheit abgelehnt.

Die italienische Parteikrise.

In der italienischen Sozialdemokratie werden Vorbereitungen für große Auseinandersetzungen getroffen. Bekanntlich hat die sozialistische Kammerfraktion mit Mehrheit beschlossen, die bisherige Abstinenzpolitik aufzugeben und eine Koalition zu unterstützen, die für Freiheit und Recht eintritt. Der Parteiausschuß verurteilte diesen Beschluß. Die notwendig gewordene Auseinandersetzung soll auf einem außerordentlichen Parteitage im Juli erfolgen. Es ist anzunehmen, daß dieser Parteitag dem Hauptgegner der Fraktionsmehrheit, Serrati, eine Absage erteilt.

Mailand, 15. Juni. (EP.) Der Nationalrat des Gewerkschaftsbundes kommt für drei bis fünf Tage in Genua zusammen und wird die Frage der Mitarbeit an dem Parteikongreß behandeln. Es werden sich auf dem Parteikongreß vier verschiedene Strömungen gegenüberstehen, nämlich die von Maffi angeführte unversöhnliche Richtung, die maximalistische Richtung mit Bella und Serrati an der Spitze, die in der Kammergruppe zahlreicher als in der Partei vertretenen Zentralisten sowie der rechte Flügel, welcher die Mehrheit in der Kammergruppe besitzt und vom Gewerkschaftsbund unterstützt wird. — Serrati teilte im Nationalrat der Partei mit, daß die Mitgliederzahl, die vor dem Kriege 47000 betrug und nach dem Kriege auf 210000 gestiegen war, jetzt **auf 70000 gesunken** ist, während die Zahl der Mitglieder des Gewerkschaftsbundes um fast die Hälfte abgenommen hat, nämlich von 2 Millionen auf 1200000.

Der oberschlesische Schlußakt.

Kattowitz, 15. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das Räumungsabkommen für Oberschlesien soll am Donnerstagabend unterzeichnet werden. Für die Nacht zum Freitag ist die Notifizierung der zukünftigen Grenze durch die Interalliierte Kommission vorgesehen. Die verurteilten politischen Gefangenen bleiben in deutschen Gefängnissen im besetzten Rheinland, schwebende Verfahren sollen von deutschen Gerichten ebenfalls im besetzten Westen abgeurteilt werden.

Die Räumung der besetzten oberschlesischen Gebietsteile von den Ententetruppen wird in der ersten Etappe bereits am Freitag beginnen. Insgesamt sind fünf Etappen in kurzen Zeitabständen für die Räumung vorgesehen.

Die Reichsregierung beabsichtigt, an die scheidenden und verbleibenden Oberschlesier einen Aufruf zu richten, der am Sonnabend der Oeffentlichkeit übergeben werden soll.

Polnischer Wohnungsterror.

Kattowitz, 15. Juni. (WTB.) Nach dem Bericht der Fünfer-Kommission hat sich die Lage im gesamten Industriegebiet wesentlich gebessert, abgesehen von dem noch immer anhaltenden Wohnungsterror.

Danziger Zustände.

Danzig, 15. Juni. (TU.) Im Volksrat kam es zu einer außerordentlich erregten Debatte. Den Grund hierzu bildete das Vorgehen der Danziger Schutzpolizei gegen einen sozialdemokratischen Abgeordneten, der aus der Knüppel-Kunze-Versammlung entfernt und schwer mißhandelt worden war. Der unabh. Abg. Mau erklärte, daß, falls die Regierung nicht für Abhilfe sorge, sich die Arbeiterschaft gegen die fortgesetzten Polizeiübergriffe an die Republik Polen wenden und zum Schutze des Lebens von dort Polizeimannschaften erbitten werde. Vor allen Dingen seien schleunigst die Einwohnerwehren zu entwaffnen. Sollte sich der Senat dazu nicht bereitfinden, so würde man durch Vermittlung anderer Staaten die Entwaffnung erzwingen. Der Senat wird Freitag antworten.

Die Zustände müssen in der Tat sehr arg sein, wenn Mau sich soweit hinreißen lassen konnte, dem deutschnationalen Teufel mit dem polnischen Beelzebub zu drohen. Ein übles Agitationsmanöver aber leistet sich die „Telegraphen-Union", die in der Ueberschrift ihrer Meldung diese Unüberlegtheit eines Unabhängigen zu einer sozialdemokratischen Aktion macht.

Die polnische Dauerkrise.

Warschau, 15. Juni. (OE.) Der Kompetenzstreit zwischen dem Staatschef und und dem Sejm ist noch immer nicht beigelegt. Auf die von Pilsudski geforderte Interpretation des Punktes 3 der vorläufigen Verfassung, welcher die aktive Rolle des Staatschefs und des Sejms bei Berufung einer neuen Regierung betrifft, soll nunmehr der Verfassungsausschuß Antwort erteilen, auf dessen erster Sitzung zu dieser Frage sechs verschiedene Interpretationen beantragt wurden. Es mußte eine Unterkommission gebildet werden, um diese Anträge möglichst in Einklang zu bringen oder auf eine kleinere Zahl grundsätzlicher Anträge zu beschränken. Dann soll die Vollkommission ihren Beschluß dem Sejm unterbreiten. Dem Wesen nach handelt es sich bei Pilsudski darum, die bisher üblich gewesene Vermittlertätigkeit des Sejmmarschalls Trompczynski möglichst auszuschalten, während die Nationaldemokraten diesen Brauch beibehalten und dadurch die Einmischung des Staatschefs als überflüssig und schädlich dartun möchten. Alles in allem gewinnt die Krise durch dieses Zwischenspiel nur noch deutlicher die Anzeichen einer chronischen Krankheit.

Gewerkschaftsbewegung

Kommunistische Schreikrämpfe.

Unter der zweispaltig breiten Ueberschrift „Das Zuchthausgesetz marschiert!" veröffentlicht die „Rote Fahne" einen ihrer üblichen hysterischen Artikel. „Zuchthausgesetz"? — wird sich jeder verwundert fragen, der die Zeiten des Zuchthausgesetzes wirklich gekannt hat. Mit diesem Namen bezeichnet die „Rote Fahne" die zur Beratung stehende — neue Schlichtungsordnung! Für jeden, der die schwülstig-blutrünstige Sprache der „Roten Fahne" kennt, ist es von vornherein klar, daß von Zuchthaus in der Schlichtungsordnung keine Rede ist, sonst würde das Moskowiterblatt geschrieben haben: „Massenmord der Arbeiter".

Die Schlichtungsordnung, um den sachlichen Kern herauszuschälen, macht den Versuch, das Verfahren bei Lohnverhandlungen zu regeln, und zwar bindend für die Arbeiter sowohl als auch für die Unternehmer. In den unsicheren Wirtschaftsverhältnissen, in denen wir leben, in denen die Gewerkschaftsbeamten gezwungen sind, sich in fortgesetzten Lohnbewegungen aufzureiben, mit dem bitteren Gefühl, im Flugsand zu bauen, ist es höchst wünschenswert, daß der Produktionsgang möglichst unberührt bleibt von den Rückwirkungen der Lohnkämpfe. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß dadurch die Aktionsmöglichkeit der Arbeiter nicht behindert wird.

Die Schlichtungsordnung versucht, diese beiden Gesichtspunkte, die einander keinesfalls widersprechen, festzulegen. Sie will möglichst genau sein und wird dabei etwas schwerfällig. Das ist unvermeidlich. Sie teilt dieses Schicksal mit allen Statuten der Gewerkschaften, die für die Führung von Lohnbewegungen gleichfalls ganz bestimmte Regeln aufstellen. Ueber die Formulierung der einzelnen Paragraphen kann man diskutieren; es liegt aber, weiß Gott, kein Grund vor, sich künstlich aufzuregen.

Aber bei der „Roten Fahne" handelt es sich in Wirklichkeit gar nicht um die Schlichtungsordnung alias Zuchthausgesetz. Der Zweck der großen Schaumschlägerei geht deutlich genug aus folgender Bemerkung des Kommunistenblatts hervor:

„Es muß einmal offen ausgesprochen werden, daß alle Zeitungsartikel der „Freiheit" gegen die Knebelungsgesetze, daß alle drohenden Reichstagsreden irgendwelcher USP.-Abgeordneten nur Schaum und Heuchelei sind, wenn die USP. nicht endlich mit ihrer bisherigen Gewerkschaftspolitik entschieden bricht und gegen die Umbreit und Genossen entschlossen vorgeht. . . . Wenn es die USP. ernst meint mit ihren Alarmrufen, so hat sie jetzt mitzuhelfen, daß auf dem Gewerkschaftskongreß eine klare Entscheidung dahingehend herbeigeführt wird, daß die Gewerkschaftsleitungen verpflichtet werden, den Kampf gegen die Schlichtungsordnung wie gegen die übrigen Knebelungsgesetze mit der gesamten Macht des organisierten Proletariats zu führen."

Das ist also des Pudels Kern! Die Kommunisten sind sich von vornherein bewußt, daß sie auf dem Gewerkschaftskongreß eine sehr bescheidene Rolle spielen werden. Mauldreschereien — dessen sind sie sich klar — würden ihnen dort sehr übel bekommen. Und da sehen sie sich nach Bundesgenossen um, die ihnen Vorspanndienste leisten sollen. Natürlich denken die Kommunisten nicht daran, die Unabhängigen, wenn diese so naiv wären, darauf hereinzufallen, deshalb gelinder anzufassen. Sie werden deshalb nicht weniger als „unsichere Kantonisten" und „Helfershelfer der Bourgeoisie" denunziert werden. Im übrigen ist der Kommandoton, der ganz Moskau ist, recht hübsch: „Wenn es die USP. ernst meint, so hat sie jetzt mitzuhelfen." So will es Moskau! Abtreten!

Zur Krise in der Metallindustrie.

Auf Grund des von uns mitgeteilten Abstimmungsergebnisses über den Schiedsspruch in der Metallindustrie, betreffend die neuen Löhne, haben am Donnerstag Beratungen zwischen der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und dem Verband Berliner Metallindustriellen stattgefunden. Die Arbeitgeber erklärten zunächst, daß es unmöglich sei, über die Löhne hinauszugehen, die der Schiedsspruch festgesetzt hat. Nach stundenlangen Verhandlungen erklärten sich die Vertreter des Verbandes Berliner Metallindustrieller bereit, am Sonnabend mit den Herren der Vertrauenskommission die Lage zu besprechen und dem Deutschen Metallarbeiterverband das Ergebnis der Besprechung mitzuteilen. Wir können nur wünschen, daß die Metallindustriellen mit den gegebenen Verhältnissen rechnen und durch eine keineswegs angebrachte Unnachgiebigkeit es zu einem Kampf treiben, von dem zum mindesten jetzt schon gesagt werden kann, daß er ihnen mehr kosten wird, als der Einsatz wert ist.

Goldwerte, Löhne und Gehälter.

Mit der Forderung auf Zahlung goldwerter Löhne oder „Leistungsgehälter", wie sie die Vereinigung der leitenden Angestellten in einer Denkschrift an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände erhebt, sind sicherlich alle Arbeiter und Angestellten einverstanden. Wenn zur Begründung dieser Forderung gesagt wird: „Die Produktivkraft und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft kann nur dadurch erhöht werden, daß man die Forderungen der leitenden Angestellten nach goldwerten Leistungsgehältern erfüllt, wenn man darauf verzichtet, die Geldentwertung dazu zu benutzen, um die Leistung immer schlechter zu entlohnen, den Leistungslohn zum unsichersten Einkommensteil zu machen", so können dieses Argument die Arbeiter und Angestellten ebenfalls geltend machen, um so mehr, als ihr Leistungslohn fast durchweg der einzige Einkommensteil ist, während die von den leitenden Angestellten getroffene Unterscheidung darauf schließen läßt, daß sie außer dem Leistungslohn sichere Einkommensteile zu verzeichnen haben als diesen unsichersten Einkommensteil. Fordern die Arbeiter und Angestellten Lohnerhöhungen, um wenigstens der Wertsenkung der Papiermark nachzukommen, dann wird ihnen meist entgegengehalten, daß bei Erfüllung ihrer Forderungen die deutsche Wirtschaft nicht mehr konkurrenzfähig sei. Aus der Denkschrift der leitenden Angestellten, denen zur richtigen Beurteilung dieses Einwandes die größte Sachkenntnis zuzutrauen ist, geht klar hervor, daß die Produktivkraft und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft nur durch Zahlung goldwerter Leistungslöhne und Gehälter erhöht werden kann.

Wir halten es einer gewissen Abhängigkeit der leitenden Angestellten zugute, wenn sie sich zur Erreichung ihrer Forderung einer Taktik befleißigen, die wir sonst als demagogisch bezeichnen müßten. Nicht als ob wir von den leitenden Angestellten forderten, sie sollen sich gewerkschaftlicher Kampfmittel bedienen. Es ist ihre Sache, die Wege zu gehen, die sie für richtig halten. Doch müssen sie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten dabei aus dem Spiele lassen. In der Denkschrift wird nämlich gesagt, daß es die ausführenden tätigen Arbeitnehmer verstanden hätten, durch kurzfristige Tarifverträge und teilweise unter Anwendung radikal gewerkschaftlicher Mittel ihre Arbeitseinkommen den gestiegenen Kosten für ihre Lebensfristung anzupassen. „Die leitenden Angestellten, die die gleichen gewerkschaftlichen Wege nicht beschreiten konnten und auch nicht wollten, sind in diesem Wettkampf zwischen Einkommen und Teuerung zurückgeblieben." Die höheren Gehälter seien der Teuerung relativ weniger angepaßt worden als die niederen Arbeitseinkommen.

In dieser Weise sollten die leitenden Angestellten nicht operieren. Sie wissen sehr wohl, daß die Arbeiter und Angestellten von der Lohn- und Gehaltszahlung nach Goldwert so weit entfernt sind als sie selber. Im übrigen aber läßt die Denkschrift an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Der Einwand, den die Unternehmer etwa geltend machen, daß mit der gleichmäßigen prozentualen Erhöhung aller Arbeitseinkommen den Unternehmungen die Möglichkeit genommen sei, nach der Leistung zu bewerten, müsse bestritten werden. „Sollten einzelne Betriebe tatsächlich dazu nicht in der Lage sein, so müssen diese Betriebe als unwirtschaftlich bezeichnet und wirtschaftlicher ausgestaltet werden."

Das könnten auch die Arbeiter und Angestellten manchem Betriebsinhaber entgegenhalten.

Einigung im Bergbau?

In den schwebenden Arbeitsfragen des Ruhrkohlenbergbaus fanden in den letzten Tagen erneut Verhandlungen zwischen dem Zechenverbande und den Bergarbeiterverbänden im Reichsarbeitsministerium statt. Im Verlauf dieser Verhandlungen wurde zur Regelung der Lohnfrage ein Schiedsspruch gefällt, der den durch Abbruch der Anleiheverhandlungen veränderten Verhältnissen Rechnung trägt. In den Fragen des Manteltarifs konnte über eine Reihe weiterer Punkte die Verständigung zwischen den Parteien gefördert werden.

Die beteiligten Verbände werden sich bis zum 29. Juni darüber schlüssig machen, ob sie den Schiedsspruch und den Manteltarif in seiner geänderten Form annehmen wollen, und ob auf der durch die Verhandlungen geschaffenen neuen Grundlage der Abschluß eines Ueberstundenabkommens möglich ist.

Lohnbewegung der Kupferschmiede.

In einer am 14. d. M. im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Versammlung der Kupferschmiede gab Fleischmann den Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Er führte aus, daß sich diese für den Monat Juli äußerst schwierig gestalteten, da bei den Arbeitgebern sehr geringe Neigung bestand, den berechtigten Wünschen der Kollegen entgegenzukommen. Nach langem Verhandeln erklärten sich die Arbeitgeber bereit, auf die im Mai gezahlten Löhne durchschnittlich 18 Proz. für die Zeit vom 1. bis 30. Juni und weitere 10 Proz. für die Zeit vom 1. bis 15. Juli zuzulegen. Die tariflichen Löhne der Kupferschmiede über 22 Jahre würden demnach ab 1. Juni bis 30. Juni 29 M. und ab 1. Juli bis 15. Juli 32 M. betragen. Nach einer sehr lebhaften Diskussion, in welcher von mehreren Kollegen das Angebot als zu niedrig bezeichnet wurde, stimmte die Mehrheit diesen Vereinbarungen zu.

Die nichtständigen Magistratsangestellten.

Man schreibt uns:

„Seit März stehen die nichtständig Angestellten durch ihre Organisation mit dem Magistrat Berlin in Tarifverhandlungen für die Monate April, Mai und Juni, die auch heute noch nicht abgeschlossen sind. Die Stadtverordnetenversammlung hat nun am Dienstag, den 13. Juni, diese Vorlage wieder einem Ausschuß überwiesen, so daß die Angestellten für den Monat Juni die glorreiche Aussicht haben, das bisher bewilligte Märzgehalt ausgezahlt zu erhalten. Für März sind bewilligt, für Angestellte über 20 Jahre 2100 bis 2575 M. für den höchsten Besoldungssatz des qualifiziertesten Angestellten. Die Zuschrift verweist darauf, daß es bei dieser Besoldung kein Wunder sei, wenn die meisten Bezirksämter über Mangel an qualifizierten Kräften klagen. Täglich gingen solche Angestellte zur Industrie über und dem Magistrat blieben schließlich nur noch solche Kräfte, die nach dem Urteil der Bureau- und Abteilungsleiter nicht selbständig arbeiten können."

Hoffentlich trägt diese Klage mit dazu bei, daß auch die nichtständig Angestellten, die doch schließlich gleich den Festbesoldeten auch ständig leben müssen, endlich so bezahlt werden, daß sie leben können. Schlimmer noch als die niedrige Bezahlung an sich wirkt der Umstand, daß Arbeiter und Angestellte wochenlang hingehalten werden mit der ihnen bewilligten Zulage, bzw. der Auszahlung neu festgesetzter Gehälter. Ohne die Schwierigkeiten zu verkennen, mit denen der Magistrat zu rechnen hat, müßte versucht werden, den Instanzengang möglichst abzukürzen.

Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen, Tarifbezirk Groß-Berlin. Durch Schiedsspruch des Einigungsamtes sind für Monat Juni folgende Lohnsätze festgesetzt: Steinsetzer 30,75 M., Steinhauer 30,75 M., Rammer 30,— M., Hilfsarbeiter 24,50 M. Die Stundenlöhne sind zahlbar vom 3. Juni und haben Geltung bis 2. Juli 1922.

Annahme des Schiedsspruches durch die Hamburger Hafenarbeiter. Bei der Urabstimmung der Hafenarbeiter Hamburgs wurden 5060 Stimmen für die Annahme und 4022 für die Ablehnung des Schiedsspruches abgegeben. Der Schiedsspruch ist damit von den Hafenarbeitern angenommen.

9. Verbandstag der Schuhmacher.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Mandate sämtlicher Delegierten wurden für gültig erklärt. Dann wurde die in den letzten Nachmittagsstunden des gestrigen Tages begonnene Generaldebatte über den Vorstandsbericht fortgesetzt. Moniert wurden aus dem Verwaltungsleben des Verbandes sich ergebende Unzuträglichkeiten, wie sie ähnlicher Art sich in der Berichterstattungsperiode aller Verbände ergeben, ferner daß der Vorstand bei der Auswahl der Referenten parteipolitisch im Sinne der USPD. vorgehe. Temperamentvoll führte diesen Darlegungen gegenüber der zweite Verbandsvorsitzende Lex aus, wie der Vorstand sich peinlich hüte, sich anstatt von sachlich-gewerkschaftlichen von parteipolitischen Rücksichten leiten zu lassen, wie er auch politisch anders als er gerichteten Kollegen nichts in den Weg lege, solange sie sich im Rahmen des Organisationsstatuts halten, und das sei durchgängig bis jetzt im Verbande der Fall geblieben. Nachdem er zu den Einzelheiten des angezogenen Streiks Stellung genommen, führte er aus, wie es im allgemeinen ein beliebter Trick der Unternehmer sei, nach einem beendeten Streik Uneinigkeit unter die Arbeiterschaft zu tragen durch die Darstellung, daß die Fabrikanten vollständig am Ende gewesen seien, wenn noch acht Tage im Streik ausgehalten worden wäre. — Tiefergehende Zerwürfnisse, insbesondere solcher parteipolitischer Art, traten nicht zutage.

Von verschiedenen Rednern, so von Hörß-Berlin, A. Schüffler-Erfurt und noch anderen, wurde dringlich ein schärferes Vorgehen zur Herbeiführung einer Verschmelzung der Verbände der lederverarbeitenden und lederherstellenden Industrien verlangt, insbesondere durch Herbeiführung einer Urabstimmung unter den noch ablehnenden Verbänden, damit die Herbeiführung eines Lederindustrieverbandes nicht an einzelnen Personen scheitere. Eine entsprechende Resolution ging im Laufe der Diskussion ein.

Ueber das Betriebsrätegesetz wurde mehrfach ausgeführt, daß seine Schattenseiten die guten Seiten überwiegen, so daß unter der Fortdauer seiner jetzigen mißlichen Bestimmungen etwas Weitergehendes für die Arbeiterschaft nicht erreicht werden könne. Deshalb müsse sie sich mit der Erweiterung dieses Gesetzes befassen, und der Zentralvorstand, und insbesondere auch der ADGB. müsse ihr dabei zur Seite stehen. Daneben wurde aber auch dargelegt, wie aufklärungsbedürftig eine große Anzahl der Betriebsrätekollegen noch seien, damit sie ihre bescheidenen, aus dem Betriebsrätegesetz sich ergebenden Rechte überhaupt erst kennen. Auf die lautgewordene Forderung nach mehr Hilfe durch den ADGB. eingehend, legte deren Vertreter Brunner dar, welche Mittel der ADGB. bisher zur Schulung der Betriebsräte aufgewendet habe. Er habe eine Betriebsrätezentrale errichtet mit gegenwärtig zwei Sekretären und dem Redakteur Striemer, der die „Betriebsrätezeitung" redigiert. Diese Zeitung möge vielleicht nicht allen gefallen, aber Tatsache sei, daß ihre Auflage auf weit über 100 000 stehe und noch ständig wachse, ein Zeichen, wie stark sie auch Anklang finde. Außerdem gab der ADGB. eine Reihe das Betriebsrätewesen betreffender Broschüren heraus, ferner erhebliche Barmittel zur Veranstaltung von Betriebsrätekursen, im weiteren Bildungssinne Barmittel zur Beschickung der Frankfurter Arbeiterakademie usw.

Die Schwierigkeiten der praktischen Schulung der weiblichen Mitglieder, die Jugendfrage, die Schwere des Kampfes unter den Christlichen am Niederrhein fanden Erörterung, und entsprechende Anträge und Richtlinien wurden begründet. Andere Ausführungen zielten auf Ausgestaltung der Streikunterstützung usw. Ein Delegierter nahm zu der an Weißenfels gerügten Sabotierung der Betriebsrätekurse Stellung. Große Teile der Ausführungen der vielen Redner galten dem wichtigen Punkt: Reichstarif. Von keinem wurde der Tarif verworfen.

Die Ausstellungen enthielten zum Teil scharfe Angriffe auf den Vorstand, daß er nicht schon längst mit neuen Lohnforderungen vorgegangen, bezogen sich im übrigen auf Einzelheiten und beruhten zum Teil auch, wie sich herausstellte, auf irrtümlicher Auslegung verschiedener Bestimmungen. Verschiedentlich, so von Klein-Dresden, wurde ausgeführt, daß in der Ausgestaltung des Tarifvertrages, der Vereinheitlichung der Löhne usw., das damals Erreichbare erzielt worden sei. Gegenwärtig sei allerdings die Lohn- wieder von anderen Berufen und auch von der Teuerung überholt worden. Es ging auch ein Antrag ein, erneut eine Ausgestaltung der Löhne zu fordern. Vom Gauleiter Mittwich-Stuttgart (KPD.) wurde u. a. ausgeführt, daß der politisch verschiedenartig zusammengesetzte Hauptvorstand im allgemeinen geradezu vorbildlich zusammengearbeitet habe. Auch die der KPD. angehörenden Verbandsmitglieder betrachteten es als eine Selbstverständlichkeit, sich jederzeit an das Statut und an die Beschlüsse des Verbandstages zu halten. Nachdem Verbandsredakteur Treffich sich zu seiner Redaktionsführung geäußert, fand mit großer Mehrheit ein Antrag auf Debatteschluß Annahme.

Das Schlußwort Simons brachte neben einem Eingehen auf die gepflogene Aussprache und die Anträge eine scharfe Polemik gegen die Tätigkeit kommunistisch gerichteter, insbesondere der Weißenfelser Kollegen. — Auch Haupt (Ausschußmitglied) wandte sich in seinem Schlußwort in bemerkenswerter Weise warnend gegen den Zustand parteipolitischer Zerrissenheit, der letzten Endes zum Nutzen des Kapitals ausschlagen müsse, des uns allen gemeinsamen Gegners.

Dem Hauptvorstand, Ausschuß und Redakteur wurde einstimmig Entlastung erteilt. Ueber die Beschlüsse des Beirats soll der Vorstand künftig in den Jahrbüchern ebenfalls Bericht erstatten. Der Verband soll in Zukunft nur Zentralverband der Schuhmacher, das Verbandsorgan „Der Schuhmacher" heißen. Der Vorstand wurde beauftragt, sofort eine neue gestaffelte, den immer mehr steigenden Lebenshaltungskosten entsprechende Lohnforderung bei den Fabrikanten einzureichen. Richtlinien, nach denen der Schulung und Heranziehung der Frauen größere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll, wurden angenommen, ferner wurde die Anstellung eines weiteren Betriebsrätesekretärs beschlossen und die Anstellung eines besonderen Volkswirtschaftlers dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Aufs neue befürwortete der Verbandstag die Herbeiführung eines Leder-Industrieverbandes.

21. Verbandstag der Brauer und Müller.

Dresden, den 14. Juni 1922.

3. Verhandlungstag.

Zu den Punkten 6 und 7 der Tagesordnung, Regelung der Beiträge und der Unterstützungen, Beratung und Beschlußfassung aller übrigen das Statut betreffenden Anträge, liegt ein Satzungsentwurf des Hauptvorstandes vor, daneben eine große Anzahl Anträge. Die Vorwegnahme dieser Tagesordnungspunkte erfolgt, um das gesamte Material bezüglich Beitrags- und Unterstützungsregelung der hierzu gewählten Kommission alsbald zuzustellen, die dann in Beratung zu treten und dem Verbandstag Vorschläge zu unterbreiten hat. Eingeleitet wird die Beratung durch ein ausführliches Referat des Vorsitzenden Backert. Seine Darlegungen, die er mit Material belegt, klingen aus in dem Verlangen,

die Verbandskasse zu stärken.

Die Diskussion war recht ausgiebig. Allgemein wurde eine starke Beitragserhöhung verlangt, nur vereinzelt werden Bedenken gegen eine zu starke Anspannung geäußert.

Der Verbandstag behandelt dann in geschlossener Sitzung den Punkt 3 der Tagesordnung: „Lohnbewegungen, Streiks und Lohnpolitik". Auch diese Beratungen werden durch ein ausführliches Referat des Vorsitzenden Backert eingeleitet. Die Diskussion war recht fruchtbringend. Die vom Hauptvorstand vorgelegten Leitsätze wurden einstimmig angenommen. Den Bericht vom Internationalen Kongreß der Lebens- und Genußmittelarbeiter in Zürich 1920 gibt Backert ebenfalls.

Baumann-Leipzig erwartet von der Internationale Taten, nicht nur Resolutionen. Ihm wurden die Fälle vorgeführt, wo die Internationale Taten gezeigt hat. Mitgeteilt wurde, daß in der letzten Vorstandssitzung der Internationale im Mai 1922 in Wien die Lebensmittelarbeiter der 3. Internationale ebenfalls aufgenommen wurden, worüber noch ein Beschluß des nächsten Kongresses in Brüssel im Jahre 1923 herbeizuführen ist.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter war auf dem Kongreß in Zürich nur vorläufig der Internationale der Lebensmittelarbeiter beigetreten, nachdem die bis dahin bestandene Internationale der Brauereiarbeiter in die Internationale der Lebensmittelarbeiter eingegliedert war. Der Verbandstag stimmte dem Anschluß an die

Internationale der Lebens- und Genußmittelarbeiter

einstimmig zu. Zum nächsten Kongreß in Brüssel 1923 wurden Käppler, Krieg und Frank delegiert.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Künzel, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Alte Reserve
Winkelhausen
die deutsche Weinbrandmarke

Das beschwingte Berlin.

In der Großstadt leben fast alle Vogelarten des freien Landes.

Wer kennt nicht die Spatzen, die die Straßen und Parks schon in früher Morgenstunde mit ihrem Lärm erfüllen. Und die Spatzen fühlen sich heimisch und sicher im Verkehrsleben der Weltstadt. Sie hüpfen und fliegen mit großer Gewandtheit unbekümmert um Straßenbahn und Auto auf den Straßen umher, suchen sich ihre Nahrung aus der Gosse und nehmen mit dem geringsten vorlieb. Tausende glauben, daß es außer den Spatzen und den sorglich gehüteten Stubenvögeln kaum nennenswerte Vögel mehr in Berlin gäbe. Und doch irren sie: es leben in Berlin die verschiedensten Vogelarten und Gattungen und sie alle haben es verstanden, sich den besonderen Lebensbedingungen, die die Stadt ihnen bot, anzupassen.

Möve, Wildente, Schwäne.

Wer im verflossenen Winter an die Spree nahe der Schloßbrücke kam, konnte oft Zeuge eines anziehenden Schauspiels werden. In eleganten Kurven flogen dort **Dutzende von Lachmöven** unermüdlich eine Runde nach der anderen. Mitten im Fluge erhaschten sie die ihnen von den Zuschauern zugeworfenen Bissen, man hatte geradezu das Gefühl, daß diese Tiere in der Luft schwammen, so sicher packten sie die Bissen, die kreuz und quer durcheinanderflogen. Sie sind **vollendete Luftakrobaten**, bei denen man niemals das Gefühl hat, daß ihre Kunst sie jemals in irgendwelche Gefahr bringen könnte. Zahlreiche Wildenten bevölkern die Wasserläufe Berlins. Ursprünglich waren sie auf die Gewässer des Tiergartens beschränkt, wo sie in den schilfumstandenen Inseln gute Gelegenheit zum Nisten fanden. Von dort aus haben sie sich dann **über ganz Berlin verbreitet**. Es lohnt sich, ihrem Treiben zuzuschauen, zu sehen, wie sie munter und behende schwimmen und sich im Tauchen übertreffen, wenn sie im Wasser nach Nahrung suchen. Die Wildente, die im freien Wasser ein äußerst scheuer Vogel ist, hat sich so **an das Treiben der Großstadt gewöhnt**, daß sich ihr Verhalten nur wenig von dem der zahmen Landente unterscheidet. — Vor kurzem hat der Berliner Polizeipräsident wieder darauf hinweisen müssen, daß die **Schwäne, die die Havel bevölkern, besonderen Schutz genießen** und daß alle, die ihnen nachstellen, strenge Bestrafung zu erwarten haben. Diese Havelschwäne, die sich mit Grazie im Wasser fortbewegen, aber stets bereit sind, zugeworfenes Brot mit Anstand zu verschlingen, sind **bis zum heutigen Tage wild geblieben**. Wenn der Herbst kommt, dann treibt es sie hinaus in die Ferne und sie ziehen es vor, die Winterzeit im Südosten Europas zu verbringen. Es gibt nicht viele Menschen in Berlin, die die Schwäne im Fluge beobachtet haben, wie sie stolz und sicher in ruhigem Fluge ihren Luftweg dahinziehen. Es ist ein so nachhaltiger Eindruck, daß man ihn so leicht nicht wieder vergessen wird.

Krähen und Singvögel.

„Eine Krähe war mit mir aus der Stadt gezogen," singt Schubert in einem schwermütigen Liede und zeigt damit an, daß **Krähen** sich in der Stadt heimisch fühlen. Auf hohen Gesimsen, Kirchturmspitzen thronen die Krähen mit Vorliebe, unbeweglich sieht man sie dort sitzen, als ob sie organisch mit der Architektur verbunden wären. Mit schwerem Flügelschlag, der scheinbar etwas Schleppendes an sich hat, fliegen sie nach Beute, die sie stets in sicherer Höhe verzehren. Man findet die Krähen, von denen die Dohlen ständige Gäste sind, während die Nebelkrähe nur durch Nahrungsmangel im Winter in die Stadt getrieben wird, oft in **ganzen Kolonien** beieinander wohnen und ihr Gekrächze ist eindringlich genug, um selbst im Lärm der Stadt bemerkt zu werden. In den Parkanlagen Berlins befinden sich ferner von der ganzen Vogelschar auch **Amsel, Fink** und **Star**. Die Amsel, die der Waidmann geradezu haßt, weil sie das Wild vor seiner gefährlichen Nähe warnt und die in Wald und Feld ein äußerst scheuer Vogel ist, hat sich wie die Wildente vom Tiergarten aus über Berlin verbreitet. Sie steht in dem üblen Rufe, die **Nester anderer Vögel zu zerstören**, sie erfreut aber durch ihren entzückenden Gesang und es gibt genug Vogelfreunde, die für sie eintreten und für mildernde Umstände plädieren. — Ein von den Spatzen oft ungern gesehener Gast ist der **Star**. Der Spatz liebt es, in die im Winter leerstehenden Starkästen einzuziehen, und wenn die rechtmäßigen Bewohner zur Frühlingszeit von ihrer langen Reise heimkehren, gibt es **harte Kämpfe, bei denen Blut fließt**, bevor der Starmatz von seinem rechtmäßigen Eigentum Besitz ergreifen kann. Auch die Vogelwelt hat ihre Tragödien. Um die Gunst des Weibchens zu erringen, werden harte Sträuße ausgefochten. Oft in nächster Nähe der Menschen schlagen sich kleine Finkenhähne, bis einer von ihnen aus vielen Wunden blutend schwer getroffen im Grase niedersinkt.

Schwalben.

In pfeilgeschwindem Fluge durcheilt die Schwalbe die Luft. Die Schnelligkeit ihres Fluges gab Veranlassung, in ihr das Symbol des Postverkehrs zu sehen. Wenn sie auch über ganz Berlin verbreitet ist, so ist ihre Zahl doch recht gering, denn **es fehlt ihr in Berlin an den zum Nestbau geeigneten Materialien**. Die meisten Großstadthäuser eignen sich insbesondere für die Mehlschwalbe schlecht zum Nestbau. Die **Rauchschwalbe dagegen nistet vielfach in den großen Bahnhofshallen**, ohne sich im mindesten von dem Lärm der Menschen und Maschinen stören zu lassen. Wenn die Schwalben niedrig fliegen, so sagt der Volksmund, es gibt schlechtes Wetter. Aber das **Niedrigfliegen hat seinen Grund darin, daß sich Fliegen und Mücken, die typische Schwalbennahrung, unter dem Einfluß des zu erwartenden Regens in der Nähe des Bodens aufhalten** und so die Schwalbe bei ihrer Nahrungssuche zwingen, am Boden dahinzufliegen. Im Spätsommer verlassen uns die Schwalben, um in großen Scharen vereinigt die Wanderung nach dem Süden anzutreten. Im Frühling stellen sie sich dann wieder mit großer Pünktlichkeit ein. — Ein Verwandter der Schwalbe ist **der Segler, der nur von Mai bis Ende Juli in Berlin bleibt**. Er ist ein äußerst brutaler Vogel, der aus den ihm geeignet erscheinenden Nistplätzen rücksichtslos andere Vögel, auch Spatzen und selbst Stare verdrängt.

In den Stadtbahnbögen nisten **Tauben, die sich in die Freiheit zurückgefunden haben**. Sie verlieren nach und nach Gestalt und Färbung der Haustauben und nehmen die der wilden Arten, weist der Felsentaube an. **Auf dem Schloßplatz** aber tummeln sich Tauben in so großer Zahl, daß man unwillkürlich an ihre berühmten Verwandten auf dem Markusplatz in Venedig gemahnt wird. Sehr oft kann man beobachten, wie **Habicht** oder **Wanderfalke** sich auf die Haustauben stürzt. Der **Turmfalke** ist wesentlich friedfertiger, er ernährt sich von Insekten und Mäusen, lebt während einiger Monate in Berlin und hockt meist auf Kirchturmspitzen.

* *

Außer diesen Vögeln, die in der Hauptsache in Berlin zu finden sind, gibt es noch viele andere beschwingte Bewohner Berlins, die vereinzelt anzutreffen sind, vom Hänfling bis zur Goldammer und selbst die Nachtigall singt in manchen Parks ihr süßes Lied. So ist in der Großstadt mehr fliegendes „Leben" als mancher, der in ihr aufwuchs, sich träumen läßt.

Preiskatastrophe.

Die Preise am gesamten Lebensmittelmarkt sind zurzeit im raschen Steigen begriffen. Die Verkaufsläden sind gut gefüllt, aber die Käufer fehlen, und so findet eine Lebensmittelanhäufung, besonders im Fleischhandel, statt. Die unzweifelhaft stärkste Preisbildung innerhalb der letzten Wochen konnte man in dieser Woche wahrnehmen. Rindfleisch kostete in der Woche vom 21. bis 27. Mai etwa 35—44 M., Schweinefleisch 37—44 M., Hammelfleisch 28—42 M., Kalbfleisch 30—45 M. Das Rindfleisch ist aber bereits heute um etwa 15 bis 20 M. pro Pfund gestiegen, das Schweinefleisch um 8 bis 25 M., Hammelfleisch kostet heute 50—55 M., also das Pfund um etwa 22 M. erhöht. Beim Kalbfleisch liegen die Preise ähnlich so. Hier stieg das Pfund um 15—18 M. Inländischer fetter Speck ist mit 75—80 M. zu bezahlen. Will man den Aussagen von Händlern Glauben schenken, so haben sie bei diesen schwankenden Preisbildungen noch Verluste zu verzeichnen. Der Gemüsemarkt ist kräftig angefüllt und die Preise ebenso kräftig eingestellt. Kirschen und Erdbeeren, Tomaten und Bananen, Schoten und andere schöne Sachen mehr stehen zum Verkauf. Spargel ist schon mit 2, aber auch mit 16 M. das Pfund zu haben. Feine rote Tomaten stehen mit 40 M. ausgezeichnet. Neue Kartoffeln haben jetzt eine kräftigere Zufuhr erfahren, die Preise allerdings (7,50—8,50 M. das Pfund) scheiden sie von vornherein vom Mittagstisch der großen Masse aus. Die grüne Gurke fällt im Preise recht langsam, so zahlt man heute für das Stück noch 20—25 M. Erdbeeren gibt es „sone und solche". Der Preis schwankt hier zwischen 20 und 25 M., während Kirschen durchschnittlich 12 M. fordern. Das Obstgeschäft kann getrost als flott bezeichnet werden. Beim Fischmarkt herrscht ziemliche Stille. Kein Wunder ist es, denn der Aal in Eis soll 60 M. das Pfund kosten (der lebende fordert gar 70 M.). Schellfisch kann man für 13 und 18 M. haben.

Die Hausfrauen stehen entsetzt vor dieser Preiskatastrophe. Sie, die den Kampf mit der harten Wirklichkeit aufs äußerste führen müssen, sie, die verzweifelt den Ausgleich suchen zwischen den Preisen und dem Wirtschaftsgeld, sind am schlimmsten dran.

Die Tragödie von Potsdam.

Ein gerichtliches Nachspiel.

Die Vorgänge in Potsdam, bei denen zwei Arbeiter erschossen worden sind, beschäftigten gestern die 12. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten von Potsdam, v. Zitzewitz, und des Polizeiwachtmeisters Wolf waren die Redakteure der „Roten Fahne" Richard Janus und Hans Pfeifer angeklagt.

Am 28. August war in Potsdam eine „Tannenberg-Feier" von dem Deutschnationalen Jugendbund angekündigt. Die Feier fand auf polizeiliche Anordnung nicht unter freiem Himmel, sondern in der Luftzeughalle statt. Als Gegendemonstration und gleichzeitig als Protestdemonstration gegen die Ermordung Erzbergers war von den vereinigten sozialistischen Parteien Berlins und Potsdams und den Kommunisten ein Demonstrationszug in Potsdam angesetzt worden. Nach Unterhandlung der Arbeiterführer mit dem Polizeipräsidenten v. Zitzewitz wurde abgemacht, daß die Arbeiter auch keine Versammlung unter freiem Himmel, sondern nur in geschlossenen Räumen abhalten und zu einer bestimmten Zeit in Gruppen sich nach dem Bahnhof zurückbegeben durften. Diese Demonstrationszüge vollzogen sich im allgemeinen ruhig und geordnet; nur an einer Stelle kam es zu einem Konflikt mit zwei Soldaten der Reichswehr, die, wie behauptet wird, so bedrängt wurden, daß sie ihr Heil in der Flucht suchten. Der eine Soldat lief in das Haus des Ober-Rechnungshofes, gefolgt von einer Anzahl der Demonstranten. Um dem Soldaten zu Hilfe zu kommen, stürzte der Polizeiwachtmeister Wolf auch auf das Haus zu und in dieses hinein, während andere Personen gleichfalls in das Haus drängten. Im Anschluß hieran wurden aus der wieder sich öffnenden Tür von dem Wolf drei oder vier Schüsse abgegeben, durch welche zwei Arbeiter getroffen und getötet wurden. — Ueber diese Vorgänge brachte die „Rote Fahne" auf Grund zahlreicher schriftlicher und mündlicher Berichte von Teilnehmern drei Artikel, in denen ausgeführt wurde, daß hier ein glatter Mord vorliege, auch waren damit Angriffe gegen die Potsdamer Polizei und den Potsdamer Polizeipräsidenten verbunden. Oberwachtmeister Wolf behauptete, daß er die Schüsse in der größten Not abgegeben habe. Er hat dann 6—7 Wochen lang im Lazarett zubringen müssen. — Mehrere Zeugen bekundeten, daß sie gesehen haben, wie Wolf geschlagen und mißhandelt worden sei. Demgegenüber bestritten andere von den Angeklagten ins Feld geführte Entlastungszeugen, daß Wolf mißhandelt worden sei und irgendeine Veranlassung für ihn zum Schießen vorgelegen habe. Diese sich gegenüberstehenden Aussagen waren nicht zu vereinigen. — Die gegen den Oberwachtmeister Wolf von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung hat mit der Einstellung des Verfahrens geendet, da als erwiesen angesehen wurde, daß Wolf sich in dringender Notwehr befunden habe. — Staatsanwaltschaftsrat Grau hielt die erhobenen Beleidigungen für sehr schwer und beantragte gegen den Angeklagten Pfeifer Freisprechung, da dieser den Nachweis erbracht hatte, daß er für den ihm zur Last fallenden Artikel nicht verantwortlich sei, gegen den Angeklagten Janus dagegen 3 Monate Gefängnis, da der Wahrheitsbeweis nicht gelungen sei. — Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn führte dagegen aus, daß das ganze tragische Ereignis auf die jugendliche Unbesonnenheit des Zeugen Wolf zurückzuführen sei, der in dem Hause des Oberrechnungshofes durchaus sicher gewesen sei und gar keine Veranlassung gehabt habe, plötzlich blindlings loszuschießen. Für die formellen Beleidigungen sei eine Gefängnisstrafe sicher nicht am Platze. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten Pfeifer frei und verurteilte Janus zu der gesetzlich höchst zulässigen Geldstrafe von 1500 Mark und sprach den Beleidigten die Publikationsbefugnis zu.

Der Ruf durchs Fenster.

[2] Roman von Paul Frank.

Sensationelle Wendung im Verlauf der Dinge. — Verhaftung des Studenten Dmochowski, des vermutlichen Mörders der Erika Diest.

Das Verhör mit Thaddäus Dmochowski dauerte mehrere Stunden. Kommissär Ljubatschow gestaltete es sehr eindringlich. Die Auskünfte, die er von dem Studenten erhielt, waren vorerst ungenau. Später verwickelte sich dieser in heftige Widersprüche, trug im Verlauf ein immer aufgeregteres Benehmen zur Schau, verweigerte schließlich, da er sich mehrmals festgerannt hatte, jede weitere Auskunft, so daß Kommissär Ljubatschow, ein ebenso bekannter wie gewiegter Kriminalist, die sofortige Verhaftung des Studenten Dmochowski als des Mordes an Erika Diest dringend verdächtig verfügte. Dmochowski wurde unauffällig im geschlossenen Automobil ins Polizeigefangenenhaus gebracht. Dort wurde er um elf Uhr nachts noch einem kurzen Verhör durch den Präfekten Herrn Tudolin unterzogen. Wie man uns mitteilt, vermochte dieses Verhör jedoch nicht die Angelegenheit in ein klareres Stadium zu rücken. Die Verdachtsgründe, die gegen Dmochowski sprechen, sind schwerwiegend, beinahe erdrückend, jedoch hat dieser bisher an seinem hartnäckigen Leugnen festgehalten. Er trägt ein überaus exaltiertes Wesen zur Schau, gerät, nachdem er in helle Raserei verfallen, unvermittelt in Zustände vollkommener Erschöpfung, in denen er teilnahmslos verharrt und jede Antwort verweigert, um plötzlich wieder in heftige Ausbrüche der Wut und der Verzweiflung zu stürzen, während der es ebenso unmöglich ist, aus ihm einen vernünftigen Satz herauszubekommen. Es ist die übereinstimmende Ansicht der die Untersuchung führenden Herren, daß Dmochowski eine überaus geschickte Komödie spielt. Er produziert sich vorläufig noch als wilder Mann, doch hofft der Präfekt, wie er unserem Mitarbeiter mitteilte, mit Bestimmtheit darauf, daß der Widerstand des Studenten binnen kurzem gebrochen sein dürfte. Wie Herr Tudolin versichert, wird Dmochowski aller Voraussicht nach im Laufe des morgigen Tages ein umfassendes Geständnis ablegen. Er verbleibt natürlich vorläufig in polizeilichem Gewahrsam. Die heutige Nacht verbrachte er in einer Einzelzelle. Als man das Elternpaar von der Wendung, die die Dinge unvermutet genommen hatten, in Kenntnis setzte, waren sie fassungslos. Besonders Herr Diest wollte es nicht glauben, daß man Dmochowski in Haft gesetzt hatte. „Aber ich habe doch selber mit ihm gesprochen!" rief er ein um das andere Mal aus. „Das ist doch unmöglich, daß ein Mensch, und wäre er auch der abgefeimteste Schurke, so eine Komödie zu spielen vermag! Dmochowski ein Mörder! Heute früh noch hätte ich es geglaubt. Aber jetzt — nachdem ich ihm von Angesicht zu Angesicht gegenübergestanden habe, nachdem ich Zeuge seines Schmerzes und seiner Verzweiflung gewesen bin . . . Dieser Dmochowski der Mörder meines armen Kindes . . .!" Auch die schwergeprüfte Mutter war lange Zeit nicht zu beruhigen. Auf jeden Fall darf man annehmen, daß der heutige Tag die Aufklärung dieser Mordaffäre bringen wird.

Der Fall Reuß.

Hier ist es der Behörde trotz fieberhafter Anstrengungen nicht gelungen, auch die leiseste Spur zu finden. Der Anschlag, dem der berühmte Schauspieler zum Opfer gefallen, ist noch nicht entdeckt. Man weiß zur Stunde noch gar nicht, welcher Art dieses Verbrechen gewesen ist. Drei Tage sind inzwischen verstrichen. Man darf natürlich die Hoffnung nicht aufgeben, daß es den Bemühungen unserer ausgezeichneten Kriminalisten dennoch gelingen werde, binnen kurzem Licht auch in diese Finsternis zu bringen. Nachzutragen wäre noch, daß der Agent, der sich in die Portierloge des Deutschen Theaters gesetzt, bis in die späten Nachmittagsstunden vergeblich auf jene geheimnisvolle Briefschreiberin gewartet hat, die sich der Aussage des Rotterdamer Großkaufmanns zufolge dort ihre Antwort abholen wollte.

12.

In den Coupés des Schnellzuges Königsberg—Riga herrschte bereits die zuversichtliche Stimmung baldiger Ankunft, Regsamkeit und erhöhte Lebenstätigkeit, die siegreich nach einer Nacht mit allen Peinlichkeiten überheizter, überfüllter Waggons sich erhoben, in denen es nach Weinresten und Kohlenstaub roch. Frau Hedwig, die einen dichten Schleier vorgenommen hatte, ruhte in einer Ecke mit geschlossenen Augen, die sie von Zeit zu Zeit nur öffnete, um einen teilnahmslosen Blick durch das Coupéfenster hinaus auf die vorüberfegende schneebedeckte Landschaft zu werfen. Unweit von ihr saßen der Arzt und der junge Schriftsteller, der, übernächtig, blasser als sonst, hinter seinen Brillengläsern hervorsah. Er hielt ein Zeitungsblatt in der Hand, faltete es auseinander, ging die Spalten der Reihe nach durch, ohne daß er jedoch gefunden hätte, was er suchte.

Draußen begann eine Stadt, deren letzte, in Gruppen aneindergekeilte, armselige Häuser nahe an die Bahn herantraten, die sich, zu größeren Blocks vereinigt, allmählich verdichteten, aus deren niedriger Gemeinschaft flachbedachte hohe Zinskasernen sprangen, in deren Hintergrund rauchende Fabrikschlote standen.

Eine beleibte Dame, die während der ganzen Fahrt beinahe in rührender Abwechslung gehüstelt und Bonbons gegessen hatte, öffnete die Tür und sprach das Wort „Riga" mit fragender Betonung aus. Ohne ihr eine Antwort zu geben, verließen Hedwig Reuß, ihr nachdrängend Jordan und Garbislander ihr Abteil, da im Zug mittlerweile alles sich erhoben, die Mäntel angelegt und das Gepäck bereitgestellt hatte. Draußen waren die ersten Straßenzüge zu sehen, in denen die Wagen der elektrischen Tram zwischen Fuhrwerk jeder Art ihre Bahn rollten.

Der Zug verlangsamte sein Tempo, der Bahnhof begann mit endlosen Reihen hintereinandergekoppelter Waggons, die auf den Gleisen standen, zwischen denen eilfertig schmutzig uniformierte Arbeiter liefen. Stimmengewirr rauschte plötzlich um den Zug.

Man war in der Halle des Bahnhofs von Riga angelangt, und ein kräftiger Ruck, der die in den Gängen der Wagen hintereinander wartenden Ungeduldigen rücksichtslos gegeneinander warf, zeigte die eigentliche Ankunft an. Die Erledigung der Gepäckstücke nahm nicht allzu viel Zeit in Anspruch, der Autoomnibus des Hotels „Europe" stand vor dem Bahnhofsportal, auf den Koffer eines Dresdener Herrn wartend, der noch nicht zur Stelle war, so daß die Abfahrt dadurch verzögert wurde, da es immerhin eine ganze Weile dauerte, bis das vermißte Gepäck aufgefunden und auf dem Dach des Wagens verstaut war, so daß dieser endlich mit den ungeduldig gewordenen Insassen die Fahrt beginnen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Der Spielklub im Papierkorb.

Von dem dienstlichen Uebereifer eines Kriminalbeamten.

Daß eine anonyme Anzeige der Anlaß sein kann, daß ruhig schlafende Bürger von der Polizei des Nachts im Hemde aus dem Bett geholt werden, hat der Kaufmann Weiß aus Schöneberg in einer sehr unangenehmen Weise erfahren müssen. Zugleich scheint der Fall ein Beweis dafür zu sein, daß die Vorbereitungen, die der Beamte treffen mußte, um die Aufhebung der verfassungsrechtlich gewährleisteten Unantastbarkeit der Wohnung zu rechtfertigen, mit größerer Sorgfalt hätte vorgenommen werden müssen.

Wegen „Haltens eines Spielklubs" hatte sich W. gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg zu verantworten. — Durch „liebe Nachbarn" oder dergleichen hatte eines Tages die Schöneberger Kriminalpolizei eine anonyme Karte erhalten, in der behauptet wurde, daß in der Wohnung des Angeklagten ein Spielklub tage. Diese anonyme Anzeige in Verbindung mit den Angaben eines Hausbewohners, der die Polizei ängstlich um die Verschweigung seines Namens ersucht hatte, genügte einem Kriminalbeamten, um folgende Haupt- und Staatsaktion zu inszenieren. Mit mehreren Schupobeamten, die er sich zur Hilfe geholt hatte, ließ der Beamte sämtliche Ausgänge besetzen, um dann mit Stentorstimme an der Wohnungstür zu verlangen, daß ihm „im Namen des Gesetzes" geöffnet werde. Der Angeklagte war nach seiner Angabe erst im Begriff, telephonisch das Ueberfallkommando zu alarmieren, nahm aber davon Abstand, da der Beamte drohte, die Wohnung gewaltsam öffnen zu lassen. Der im Nachthemd befindliche Weiß öffnete und der Beamte stürmte mit der Pistole in der Hand durch sämtliche Räume und drang auch in das Schlafzimmer ein, wo die Ehefrau des Angeklagten im tiefsten Negligé stand. Alles wurde von unterst nach oberst gekehrt, bis die Beamten im Triumph ein altes Kartenspiel im Papierkorb und ein Spielbrett fanden, mit dem sich Weiß mit seinen Angehörigen öfter abends vergnügt hatte. Auch das Dienstmädchen, das sich erschreckt in seiner Kammer eingeschlossen hatte, wurde „im Namen des Gesetzes" aufgefordert zu öffnen, da in der Kammer die Spieler versteckt sein konnten. Als das Mädchen den pistolenbewehrten Beamten sah, flüchtete es kreischend ins Bett. Vor Gericht wandte sich Rechtsanwalt Dr. Ahrens in scharfen Worten gegen diesen unerhörten Eingriff in die persönliche Freiheit eines Bürgers und führte aus, daß es mehr als befremdlich sei, daß irgendein anonymer Wisch eines gehässigen Feiglings genüge, um ruhige Leute des Nachts aus den Betten zu holen, sie im ganzen Hause zu blamieren und außerdem noch unter Anklage zu stellen. Das Gericht kam nach kurzer Beratung dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu einer Freisprechung des Angeklagten auf Kosten der Staatskasse.

Festnahme eines Gentlemandiebes.

Ein Dieb, wie er in der Kriminalistik einzig dasteht, ist gestern von der Kriminalpolizei entlarvt und festgenommen worden. Das „Gewerbe" dieses Diebes war so einträglich, daß er sich nicht nur einen hocheleganten Kraftwagen und drei eigene Pferde halten, sondern auch noch eine luxuriös eingerichtete Wohnung mit einer sehr wertvollen Bibliothek einrichten konnte. Es handelt sich um einen „Direktor" Bornutat, der aus Westpreußen stammt und gestern vormittag in einem Pensionat in der Hardenbergstraße bei einem Diebstahl getroffen und angehalten wurde. Er wurde festgestellt als Direktor Bernutat aus der Johann-Georg-Str. 16 in Halensee. Da keine Vorstrafen festzustellen waren, der Herr Direktor eigene Wohnung hatte und der Diebstahl in dem Pensionat in der Hardenbergstraße noch der Aufklärung bedurfte, wurde er zunächst auf freiem Fuß gelassen. Die Ermittlungen ergaben jedoch, daß man es bei Bernutat mit einem Menschen zu tun hatte, der bereits vor mehreren Jahren wegen Einbruchs in das hiesige Polizeipräsidium eingeliefert worden war. Alle Aufzeichnungen hierüber waren jedoch aus den Polizeiakten verschwunden. Selbst die Fingerabdrücke waren aus der Kartothek des Erkennungsdienstes gestohlen. Das Bild Bernutats im Verbrecheralbum hatte jedoch nicht entfernt werden können und deshalb hatte es der Helfershelfer Bernutats, in dem man einen ungetreuen Beamten vermutet, der bereits seiner Verfehlungen wegen aus dem Dienst entlassen worden ist, dadurch unkenntlich gemacht, daß er es mit einem Zettel mit der Aufschrift „gestorben" überklebte. Ein Kriminalkommissar stattete daraufhin noch gestern nachmittag dem Herrn Direktor in seiner Wohnung mit mehreren Beamten einen Besuch ab. Die Beamten wurden von dem Herrn Direktor sehr ungnädig empfangen. Er verbat sich ganz energisch, daß man ihn als steuerzahlenden Bürger in dieser Weise belästige. Wohl oder übel mußte er es zulassen, daß seine mit Luxusmöbeln, Seidenteppichen und kostbaren Bildern ausgestattete Wohnung gründlich untersucht wurde. Diese Untersuchung förderte schweres Belastungsmaterial zutage, nämlich eine ganze Reihe von Schmuck- und Wertsachen, die aus Pensionsdiebstählen herrühren. Bernutat war, wie weiter festgestellt werden konnte, eine Zeitlang Direktor einer Dekorationsakademie und Direktor eines Spielklubs in Swinemünde.

Annahme des Viermark-Tarifs im Ausschuß.

Der zur Vorberatung der neuen Straßenbahntarifvorlage des Magistrats eingesetzte Ausschuß hat gestern nach über dreistündiger Verhandlung den Magistratsantrag auf Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises auf 4 M. mit 12 gegen 4 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Vertreter der deutschnationalen und der kommunistischen Fraktion. Der Ausschuß stimmte dann mit großer Mehrheit folgendem Antrag zu: Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, entsprechend den wiederholten Beschlüssen der Verkehrsdeputation an dem Einheitstarif innerhalb des Verkehrsgebietes der Stammbahnen der Straßenbahn festzuhalten und jeden Zonen- oder Staffeltarif auch in verschleierter Form abzulehnen. Ermäßigte Fahrpreise sind auch für Einzelfahrten auf den ehemaligen Vorortstraßenbahnen (Köpenick, Spandau, Teltower Kreisstraßenbahnen) einzuführen. Gemäß dieser grundsätzlichen Entschließung beschloß der Ausschuß, den Fahrpreis auf den Stammstrecken der Straßenbahn auf 4 M. zu erhöhen, dagegen auf den Vorortstraßenbahnen auf 3 M. zu belassen, ebenso die Preise für Umsteigefahrscheine und Sammelkarten auf den Vorortbahnen. Der Preis für die Umsteigekarte in Berlin wurde auf 7 M. erhöht. Sammelkarten sollen bei einem Tarif von 4 Mk. wegfallen. Der Einzelfahrpreis für Kinder von 6 bis 14 Jahren wurde überall auf 2 M. ermäßigt. Mit 7 gegen 5 Stimmen wurde beschlossen, daß auch wirtschaftlich Unselbständigen (Schülern und Lehrlingen) dieselbe Vergünstigung innerhalb vier Wochen gewährt werden soll. Ferner wurde bei der Stadtverordnetenversammlung beantragt, dem Ausschuß auch die Prüfung der Frage besonderer Fahrpreisermäßigung für Kriegsbeschädigte usw. zu übertragen. Die Straßenbahntariffrage wird voraussichtlich die nächste Sitzung der Stadtverordneten beschäftigen.

Schwerkriegsbeschädigte auf Wohnungssuche.

Infolge der Verlegung der Insassen des Versorgungslazaretts Düringer Allee in das Lazarett Tempelhof sind Schwerkriegsbeschädigte (Amputierte) gezwungen, sich in Charlottenburg eine Wohnung zu suchen, weil die Lage ihrer Arbeitsstelle ihr Verbleiben in Charlottenburg notwendig macht. Alle bisherigen Versuche, eine passende Wohnung zu finden, sind erfolglos geblieben. Es ergeht daher durch das Bezirksamt Charlottenburg die öffentliche Bitte, für die Unterbringung dieser Schwerkriegsbeschädigten eine Anzahl günstig gelegener Zimmer — möglichst Parterrezimmer — zur Verfügung zu stellen. Umgehende Meldungen werden erbeten an die Familienfürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene im Stadtschloß Charlottenburg, Luisenplatz, Zimmer 16; Tel.-Anruf: Amt Wilhelm Bezirksamt Charlottenburg Nr. 372.

Raucher und Nichtraucher bei der Straßenbahn.

Der Vorschlag der Straßenbahndirektion, die Anhängewagen im Sommer versuchsweise als Raucherwagen fahren zu lassen und das gegebenenfalls auch für den Winter einzuführen, hat, wie nunmehr auch das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilt, die Zustimmung der Verkehrsdeputation gefunden. Die Genehmigung des Polizeipräsidenten ist eingeholt; sobald sie eintrifft, was in 8 bis 10 Tagen erhofft wird, wird die Neueinrichtung sofort in Kraft treten. — Ueber die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieses Beschlusses hat bereits eine öffentliche Aussprache eingesetzt und es sei darauf hingewiesen, daß das Ganze zunächst ein Versuch ist. Da außer dem Innenteil des Anhängers die Raucher auch noch vier Perrons zur Verfügung haben, so ist es wohl kein unbescheidener Wunsch der nichtrauchenden Frauen, Kinder und Kranken usw., wenn sie für die zwei Anhänger einen für Nichtraucher haben möchten, da die Raucher dann außer den einen Wagen für sich auch noch 6 Perrons haben.

Festnahme eines Mädchenjägers. Gestern mittag lockte der 46 Jahre alte Julius S. aus Weißensee die 13jährige Charlotte D. in einen Hausflur in der Uhlandstraße und versuchte unsittliche Handlungen mit ihr vorzunehmen. Ein Kriminalbeamter, der ihn beobachtet hatte, nahm ihn fest und führte ihn zur Prager Wache. S. ist bereits mit 7 Monaten Gefängnis bestraft, und zwar wegen eines ähnlichen Verbrechens.

Genossinnen und Genossen! Besucht die heutige

Scheidemann-Versammlung

in der Brauerei Friedrichshain, abends 7 Uhr.

Die Eisenbahner-Kleingarten-Kolonie Tempelhofer Feld veranstaltet am Sonntag, den 18. Juni, ein großes Gartenkonzert und Kinderfest mit allerlei Belustigungen. Um 3 Uhr findet ein Kinderfestzug unter Vorantritt des Musik- und Tambourkorps statt und bei eintretender Dunkelheit ein Fackelzug und großes Feuerwerk.

Gesangverein Neuköllner Liedertafel (M. d. ASB.). Sonntag, den 18. Juni, nachmittags von 2—3 Uhr, öffentliches Volkskonzert in Neukölln, Reuterplatz.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Am Donnerstag, den 22. Juni, abends 5½ Uhr, Sitzung des erweiterten Bildungsausschusses im Sitzungssaal des Bezirksverbandes, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr. Die Anwesenheit aller Mitglieder ist dringend erforderlich. — Festkonzerte. Die Ausgabe der Zeichnungslisten ist erfolgt. Listen liegen aus bei allen Abteilungs- und Bildungsausschußmitgliedern der Kreise und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr., Zimmer 8. — Verlosung von Kunstblättern. Ziehung am 1. Juli cr. Lose à 3 M. bei allen Abteilungs- und Bildungsausschußmitgliedern der Kreise und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses. Die noch fehlenden Fragebogen sind sofort einzureichen.

Stapellauf des Adolf Woermann. Auf der Werft von Blohm u. Voß in Hamburg ist gestern der für die Woermann-Linie erbaute 8100 Tonnen große Fracht- und Passagierdampfer Adolf Woermann glücklich von Stapel gelassen worden.

Geheimnisvoller Doppelmord in Breslau. In einem Hause der Eisenstraße in Breslau wurde Donnerstag vormittag die Ehefrau Stiller, deren Mann bereits auf Arbeit war, mit durchschnittener Kehle aufgefunden. Neben ihr lag ein Mann ebenfalls mit durchschnittener Kehle. Bei ihm wurden 300 M., deren Herkunft noch nicht festgestellt ist, sowie Papiere auf den Namen eines 42jährigen Paul Wolf aus Berlin vorgefunden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bildungswesen: Die Bildungsausschüsse der Partei werden gebeten, soweit sie dies noch nicht getan haben, die Geschäftsfragebogen für das Jahr 1921/22 umgehend zurückzusenden, da sie für den Jahresbericht des Zentralbildungsausschusses und zur statistischen Bearbeitung dringend gebraucht werden. Ferner hat der Zentralbildungsausschuß neues Referentenmaterial herausgegeben, und zwar Kursusdispositionen von Nr. 10 bis 13. Nr. 10: Lohmann, Sozialdemokratie und Schule; Nr. 11: Braun, Die politischen Parteien, ihr Werden und Wesen; Nr. 12: Lauffütter, Der Sozialismus als Utopie und als Wissenschaft; Nr. 13: Marquardt, Geschichte des Sozialismus vom Altertum bis zur Neuzeit. Die Schriften sind zum Preise von 3 M. pro Exemplar gegen Voreinsendung des Betrages und Portos durch den Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (R. Weimann), Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, zu beziehen. Beim Bezug von mehr als 3 Exemplaren der einzelnen Nummer wird ein entsprechender Rabatt gewährt.

5. Kreis. Friedrichshain. Elternbeiräte! Abrechnung der Billetts zum Sommerfest bei Wittschuß, Petersburger Str. 5, abends von 7 bis 9 Uhr. Alle übrigen Karten müssen spätestens bis Sonnabend im Festlokal abgerechnet sein.

Pankow. 125./130. Abt. Die für heute angesetzte Sitzung der Zeitungskommission findet erst am Montag, den 19. Juni, abends 7 Uhr, im Jugendheim statt.

Morgen, Sonnabend, den 17. Juni:

42. Abt. Blüchersäle, Blücherstr. 61. Unterhaltungsabend mit Tanz. Eintritt inklusive Steuer 3 M. Karten sind noch in den Bezirkslokalen sowie bei den Bezirksführern zu haben.

Jungsozialisten. Gruppe Brix. Am 20. Juli Jahresfeier: Bunter Abend, anläßlich des einjährigen Bestehens der Gruppe. Wir bitten die Genossinnen und Genossen aus allen Gruppen, sich zur Mitwirkung bereit zu erklären.

Bernau. 8 Uhr, im Elysium, Mitgliederversammlung.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Freitag, den 15. Juni 1922.

1. Rennen. 1. Friedensware (Gruhe). 2. Allene (Rogowski). 3. Heidemann (A. Freundt). Tot.: 25:10, Pl.: 16, 19, 19:10. Ferner liefen: Carine, Seewind, Lausbub II, Frankfurter, Gulyas, Dr. Adolph K., Felix III, Kettl, Gretläs jr., Gertrud Bingen, Eduard I, Mocuna, Nordson, Hadrian, Lilismil I.

2. Rennen. 1. Abt. 1. Wasserfall (Großmann). 2. Kefferies jr. (W. Freundt). 3. Bergschwalbe (G. Laulenberger). Tot.: 14:10, Pl.: 12, 12, 16:10. Ferner liefen: Schneewolke, Delle, Johannesfeuer, Kassandra, Hochstapler, Pechvogel.

2. Rennen. 2. Abt. 1. Tetna (Weiß). 2. Feiner K. (Hans Schleusener). 3. Harry W. (Egerson). Tot.: 15:10, Pl.: 11, 12, 25:10. Ferner liefen: Harlekin, Maikönigin, Harry K., Morgenpost, Armida I, Byzerberg, Orchidee.

3. Rennen: 1. Fibel (Wias). 2. Lib Kuser (Baumgart). 3. Handstreich (Rückert). Tot.: 168:10, Pl.: 47, 19, 27:10. Ferner liefen: Hartenfels, Mitrowica, Gladium, Morganat, Fremdling, Allertonz, Erbschleicher, Harald I, Pollux, Perry K., Edinhard, Dr. Preßbourg, Clara I, Debora W., Langusta, Bingen jr., Zenie.

4. Rennen: 1. Gerard A (F. Schmidt). 2. Matador I (E. Treuberg). 3. Gudrun II (Knöpnadel). Tot. 58:10, Pl. 21, 17, 34:10. Ferner liefen: Crocus, Kupfertrud, Karla, Julaß, Orda.

5. Rennen: 1. Cidrchen M. (Wiesener). 2. Pr. Kuckuck (F. Lichtenfeld). 3. Quäcker (F. Schulz). Tot. 157:10, Pl. 24, 13, 37:10. Ferner liefen: Schmetterling, Abdullah Sin, Alpenfex, Tello (disqu.), Arion J, Immersort.

6. Rennen: 1. Teufelsdatt (Hm. Schleusener). 2. Pikantriese (A. Freundt). 3. Ozema (Kraus). Tot. 28:10, Pl. 18, 20, 22:10. Ferner liefen: Faust II, Handschlag, Reininger, Mokant, Hadalgo II, Biene III, Fiskus, Wilhelmina.

7. Rennen: 1. Ottomar (Hm. Schleusener). 2. Künstler (O. Mills). 3. Aktionär (A. Freundt). Tot. 34:10, Pl. 15, 14, 21:10. Ferner liefen: Firn, Albanier (disqu.), Dünaburg, Dolomit, Picqus (3. o. W.), Dr. Chelsea Palm, Watts (o. W.).

8. Rennen. 1. Jung Bergfried (Hm. Schleusener). 2. Angriff (Steinnagl). 3. Barde (Hs. Schleusener). Tot.: 20:10, Pl. 17, 23:10. Ferner liefen: Schlips, Heidersee, Arche.

Arbeitersport.

Schwimmen quer durch Neukölln. Am Sonntag, den 18. Juni, arrangieren die „Freien Schwimmer Neukölln", die beim Arbeitersportfest im Stadion große sportliche Erfolge erringen konnten, eine großzügige sportliche Veranstaltung. Start ist um 9.45 Uhr an der Hobrechtbrücke im Landwehrkanal, das Ziel befindet sich im Neuköllner Stichkanal an der Treptower Brücke. Etwa 80 Teilnehmer, Damen, Herren, Jugend und Kinder werden teils die ganze Strecke zurücklegen, teils in Staffeln über die etwa 2000 Meter lange Bahn schwimmen. Um 11 Uhr findet am Ziel, an der Treptower Brücke, die Vorführung eines Damenkunstreigens durch 16 Damen des Vereins statt.

Wirtschaft

Die wirtschaftlichen Kräfte Oesterreichs.

Die Ursachen der katastrophalen Entwertung der österreichischen Krone liegen weniger auf finanzpolitischem Gebiet, sie sind vielmehr im Friedensvertrage von St. Germain zu suchen. Nachdem aus der alten Donaumonarchie die besten Wirtschaftsgebiete herausgeschnitten und an die Tschechoslowakei, Südslawien, Rumänien, Italien usw. gegeben worden waren, verblieb noch ein wirtschaftlicher Torso, das heutige deutsche Oesterreich. Dieser Staat ist infolge seines gebirgigen Charakters nicht in der Lage, seine Bevölkerung aus der eigenen landwirtschaftlichen Produktion zu ernähren, durch den vorerwähnten Friedensvertrag sind ihm aber auch alle Möglichkeiten beschnitten, mit Hilfe einer erhöhten industriellen Produktion dem Mangel an landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch verstärkte Käufe im Auslande abhelfen zu können. In Oesterreich stehen für den Ackerbau nur 24 Proz. des Bodens zur Verfügung gegen 48,6 Proz. in Deutschland. Es müssen alljährlich etwa 30 000 bis 40 000 Waggons Brotgetreide aus dem Auslande eingeführt werden. Aus der inländischen Kartoffelproduktion können jährlich etwa 150 Kilogramm je Kopf der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden gegen 350 Kilogramm im früheren Oesterreich. Infolge des Mangels an Düngemitteln und der Verringerung der Anbaufläche können zurzeit nicht einmal 40 Kilogramm Zuckerrüben pro Kopf erzeugt werden gegen 215 Kilogramm im alten Oesterreich. Der Viehbestand ist durch die Kriegszeit stark heruntergekommen und vermag noch immer nicht den inländischen Fleischbedarf zu decken. Einer der wichtigsten Posten in der österreichischen Wirtschaftsbilanz ist sein Holzreichtum, dem es eine hochentwickelte Holz- und Papierindustrie verdankt. Sehr ungünstig ist Oesterreich hinsichtlich der bergbaulichen Erzeugnisse gestellt. Wohl reicht die inländische Erzförderung zur Versorgung der Eisenindustrie aus, die erforderlichen Brennstoffe müssen jedoch zum allergrößten Teile im Auslande gekauft werden. Der Monatsbedarf an Kohle beträgt etwa 1.1 Millionen Tonnen Kohle und 110 000 Tonnen Koks. Dem steht eine durchschnittliche Produktion von ungefähr 240 000 Tonnen Kohle in den österreichischen Alpenländern gegenüber. Hierbei handelt es sich noch dazu größtenteils um eine sehr minderwertige Braunkohle. Oesterreich ist deshalb auf die Zufuhr von Brennstoffen aus der Tschechoslowakei und Deutschland angewiesen. Man versteht unter diesen Verhältnissen, daß die scharfe Kurssteigerung der tschechischen Krone im Januar d. J. der österreichischen Industrie gefährliche Wunden schlug. Auch hinsichtlich des Bezugs von Erdöl ist der Rumpfstaat vollkommen vom Auslande abhängig. Solange Kohle und Petroleum in unbegrenzten Mengen und zu billigen Preisen zur Verfügung standen, hatte man es nicht nötig, die reichlich vorhandenen Wasserkräfte der Alpenländer auszunutzen. Heute liegen großzügige Pläne vor, deren Ausführung Oesterreich wenigstens hinsichtlich der Regelung des Verkehrs und der Versorgung eines großen Teils seiner Industrie mit Energie von der ausländischen Kohlenzufuhr unabhängig machen könnte. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist jedoch an die Ausführung derartiger Kulturarbeiten gar nicht zu denken. In welch verhängnisvoller Weise durch den Frieden von St. Germain alte wirtschaftliche Zusammenhänge zerrissen wurden, zeigt sich besonders in der Textilindustrie. Die österreichische Baumwollspinnerei kann z. B. mit ihren 1,2 Millionen Spindeln rund 30 000 Webstühle beschäftigen, während tatsächlich nur noch 12 000 Webstühle in Oesterreich stehen, es müssen also zwei Drittel der Produktion der österreichischen Spinnereien in das Ausland (Tschechoslowakei) ausgeführt und nach erfolgter Verarbeitung wieder zurückgebracht werden, um den hochentwickelten inländischen Bleicherei, Färbereien und Appreturanstalten, sowie der Konfektion Beschäftigung zu sichern. Die Rohstoffversorgung der österreichischen Textilindustrie erfolgt natürlich nur durch Käufe im Ausland. So werden bei normaler Beschäftigung jährlich eingeführt: 45 Millionen Kilogramm Baumwolle, 12 Millionen Kilogramm Schafwolle, 5 Millionen Kilogramm Hanf, 1½ Millionen Kilogramm Flachs und 10 Millionen Kilogramm Jute.

Es zeigt sich also, daß das heutige Oesterreich in jeder Hinsicht vom Auslande abhängig ist und eigentlich keinerlei natürliche Schätze besitzt, die es als Aequivalent für die starke Einfuhr verwerten könnte. Es kann sich deshalb im jetzigen Moment nicht darum handeln, die Katastrophe von Oesterreich durch eine Währungsunion mit Deutschland abzuwenden, denn dadurch würden die Ursachen der Verarmung des unglücklichen Staates nicht beseitigt. Die Rettung kann nur im Anschluß des gesamten Staates an ein großes Wirtschaftsgebiet bestehen, das ihm alle diejenigen Rohmaterialien usw. zur Verfügung stellen kann, deren er bedarf. Auf diese Weise wäre es möglich, dem notleidenden österreichischen Volke wieder die Ausnutzung seiner Arbeitskraft und seiner technischen Fähigkeiten zu ermöglichen. Dann würde auch Wien, das unter der jetzigen Krise ganz besonders schwer leidet, wieder besseren Zeiten entgegengehen und mehr als bisher der Zentralpunkt des Handels nach Südosteuropa werden. Wenn unter den heutigen politischen Verhältnissen ein offener Anschluß Oesterreichs an Deutschland auch nicht durchführbar ist, so sollte man doch wenigstens alle Schranken niederreißen, die bisher die wirtschaftlichen Beziehungen und den Verkehr zwischen diesen beiden deutschen Ländern erschweren.

Eine neue Kohlenkrise.

Nach dem jetzt genau vorliegenden Jahresergebnis für 1921 hat der Privatverbrauch der gesamten Industrie, Landwirtschaft, des Kleingewerbes und Hausbrand an Steinkohlen und Braunkohlen insgesamt nur etwa 73 Proz. des Verbrauchs Deutschlands (in den jetzigen Grenzen) von 1913 erhalten. In Steinkohle allein ist das Belieferungsverhältnis noch ungünstiger: während der Privatverbrauch im April 1921 noch 66,5 Proz. erhielt, sank der Prozentsatz bis Ende des Jahres 1921 auf 60 Proz. Diese 60 Proz. werden noch dazu in viel weniger guten Sorten und Qualitäten geliefert als früher, da die besten Sorten an die Entente und die Eisenbahn gehen und da auch die Förderung unreiner war. Wird der wirkliche Nutzwert eingesetzt, so erhält der private Verbrauch zurzeit höchstens die Hälfte des Betrages von 1913.

Am bedrohlichsten ist noch immer die Lage der Eisenbahn, die etwa nur die Hälfte der Vorräte hat, wie zur gleichen Zeit des Vorjahres. Auch die Gaswerke sind vielfach noch jetzt trotz geringerem Sommerverbrauch in unmittelbarer Not. Bei den Baustoff-, bei den Kalk-, Soda- und Eisenindustrien leidet die Produktion besonders schwer unter Brennstoffmangel. Ohne Metallarbeiter- und Zementarbeiterstreik wären vielfach Betriebseinstellungen infolge Kohlenmangels bereits eingetreten.

Die arbeitstägliche Förderung, besonders an der Ruhr, ist seit dem März 1922 mehr und mehr zurückgegangen. Sie lag im Mai an der Ruhr bereits um 17 500 Tonnen unter der arbeitstäglichen Förderung des März, im Juni ist der Förderausfall nach den bisherigen Zahlen sogar mehr als doppelt so groß. Dazu besteht schwere Gefahr von Oberschlesien, wo infolge von Betriebsstörungen bei und nach der Abtretung für längere Zeit mit auf die Hälfte herabgesetzten Zufuhren nach Deutschland gerechnet werden muß. Das kann einen Ausfall von 700 000 Tonnen monatlich bedeuten, dem wir völlig ungewappnet gegenüberstehen, da auch im Ruhrrevier zurzeit an Steinkohle nicht einmal mehr eine Tagesförderung auf der Halde liegt und auch der Koksbestand auf etwa 220 000 Tonnen zurückgegangen ist.

In dieser Not hat der Reichskohlenkommissar die Einfuhr ausländischer Kohlen in jeder Weise erleichtern müssen, mit dem Ergebnis, daß allein an englischer Kohle im Mai 720 000 Tonnen eingeführt worden sind, d. h. etwa ebenso viel wie vor dem Kriege, wo aber Deutschland den vierfachen Betrag an Kohle ausführen konnte. Die gesamte Einfuhr im Juni wird voraussichtlich sogar über eine Million Tonnen betragen. Für den Herbst und Winter ist trotz der Einfuhr in bezug auf Zuckerfabriken, Hausbrand usw. noch so gut wie gar nicht gesorgt.

Neue Landgemeindeordnung.

Von Paul Hirsch.

Das Preußische Staatsministerium hat, wie die VPR. erfahren, in seiner Sitzung am Mittwoch die Entwürfe der neuen preußischen Städte- und Landgemeindeordnungen endgültig durchberaten und verabschiedet. Die Entwürfe gehen nunmehr an den Staatsrat und dürften noch vor der Sommerpause, also noch im Laufe des Monats Juni, an den Preußischen Landtag gelangen.

Der Entwurf für eine preußische Landgemeindeordnung bedeutet in mehr als einer Beziehung zweifellos einen Fortschritt gegenüber dem heutigen Rechtszustande, wenngleich zahlreiche Wünsche und Forderungen der Sozialdemokratie dadurch noch nicht erfüllt werden.

Zunächst ist es zu begrüßen, daß endlich einmal die bestehenden selbständigen Gutsbezirke verschwinden sollen. Wer sich auch nur einigermaßen mit dem Wesen der preußischen Verwaltung befaßt hat, der weiß, daß diese Gebilde von jeher eines der stärksten Bollwerke der Reaktion gewesen sind. Das erklärt den heftigen Widerstand, den die Parteien der Rechten unserer Forderung auf Auflösung der Gutsbezirke entgegengesetzt haben. Aeußere Ursachen tragen die Schuld daran, daß es, obwohl die Vorarbeiten dazu bereits im November 1918 vom Ministerium des Innern in Angriff genommen sind, bisher immer noch nicht gelungen ist, mit diesen Ueberbleibseln einer längst verschwundenen Epoche restlos aufzuräumen. Jetzt soll ganze Arbeit gemacht, die Gutsbezirke sollen aufgelöst und entweder mit Landgemeinden oder Stadtgemeinden vereinigt oder mit anderen Gutsbezirken zu einer neuen Landgemeinde oder Stadtgemeinde zusammengelegt oder allein für sich in eine Landgemeinde oder Stadtgemeinde umgewandelt werden.

Diese Reform ist nicht nur von politischer, sondern auch von wirtschaftlicher Bedeutung, insofern als bei der Zusammenlegung in erster Linie auf die Schaffung leistungsfähiger Gemeinden Rücksicht genommen werden soll. Die ländliche Gemeindeverfassung, namentlich in den östlichen Provinzen, hat nämlich, worauf Drews bereits in der Begründung zu seinem ersten Vorentwurf aufmerksam macht, bisher daran gekrankt, daß zahlreiche Gemeinden teils völlig leistungsunfähig, teils so leistungsschwach waren, daß die Entwicklung des Gemeindelebens, die Tätigkeit der Gemeinde im Interesse ihrer Einwohner, in weitem Umfange stark im Rückstande geblieben ist.

Die Schaffung leistungsfähiger Gemeinden ist also das Ziel, das der Regierung vor Augen schwebt, und sie läßt es, um dies Ziel zu erreichen, nicht bei der Auflösung der Gutsbezirke bewenden, sondern sie geht noch einen Schritt weiter. Anknüpfend an die in einigen Provinzen bereits bestehenden Zustände plant sie, den Schwerpunkt des kommunalen Lebens auf dem Lande von der Einzelgemeinde in die Gesamtgemeinde zu verlegen und damit die Lastentragung breiteren Schultern aufzubürden. Als Vorbilder schweben ihr dabei vor Augen die rheinischen Landbürgermeistereien und die westfälischen Aemter, die im Gegensatz zu den Amtsbezirken der östlichen Provinzen nicht lediglich staatliche Verwaltungsbezirke sind, sondern für die Erledigung derjenigen Angelegenheiten, welche für alle zu der Bürgermeisterei bzw. dem Amt gehörigen Gemeinden ein gemeinschaftliches Interesse haben, einen Kommunalverband mit den Rechten einer Gemeinde bilden. Wesentlich verstärkt wird die Bedeutung der Bürgermeisterei bzw. des Amtes gegenüber der Einzelgemeinde noch dadurch, daß dem Landbürgermeister oder dem Amtmann auch in bezug auf die Verwaltung der Einzelgemeinde wichtige Befugnisse übertragen werden, wodurch er tatsächlich den maßgebenden Einfluß auch in den der Verwaltung der Einzelgemeinden verbliebenen Angelegenheiten ausübt.

Die Regierung gibt der Gesamtgemeinde als einem ungleich leistungsfähigeren Gebilde den Vorzug vor der Einzelgemeinde und schlägt daher mit gewissen Einschränkungen die Uebertragung der Amtsverfassung der westlichen Provinzen auf ganz Preußen vor. In Zukunft soll jede Landgemeinde einer Landbürgermeisterei, d. h. einem aus Landgemeinden bestehenden Gemeindeverbande angehören müssen, wobei es nicht ausgeschlossen ist, daß eine größere Landgemeinde auch für sich allein eine Landbürgermeisterei bilden kann. Durch Beschluß der Bürgermeistereivertretung können alle oder einzelne Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinden für das ganze Gebiet oder für Teile der Landbürgermeisterei mit der Wirkung übernommen werden, daß sie damit den zu der Landbürgermeisterei gehörigen Landgemeinden gegenüber zu gesetzlich der Landbürgermeisterei vorbehaltenen werden. Die Landbürgermeisterei muß eine Selbstverwaltungsangelegenheit übernehmen, wenn die Aufsichtsbehörde mit Zustimmung der Beschlußbehörde nach Anhörung der Bürgermeistereivertretung und der Gemeindevertretungen feststellt, daß die Uebernahme dieser Angelegenheit für die ganze Landbürgermeisterei oder für Teile der Landbürgermeisterei mit Rücksicht auf das gemeine Wohl geboten ist. Ebenso muß die Landbürgermeisterei die gesamte Verwaltung einer Landgemeinde übernehmen, wenn die Aufsichtsbehörde mit Zustimmung der Beschlußbehörde feststellt, daß die Voraussetzungen für ein eigenes Gemeindeleben in der Gemeinde fehlen und die Verwaltung durch die Landbürgermeisterei durchführbar ist. In diesem Falle treten die Organe der Landbürgermeisterei an die Stelle der Gemeindeorgane.

Mit der Tendenz dieser Bestimmungen können wir uns um so eher einverstanden erklären, als die Landbürgermeister nicht, wie es die Landgemeindeordnung für die Rheinprovinz vorschreibt, durch den Oberpräsidenten auf Lebenszeit ernannt, sondern von der Landbürgermeistereivertretung auf 12 Jahre gewählt werden sollen. Dadurch werden die schweren Bedenken hinfällig, die bisher in unseren Reihen gegen die rheinisch-westfälische Amtsverfassung geäußert worden sind.

Im großen ganzen werden die Landgemeinden, soweit es sich um ihre Befugnisse handelt, durch den Entwurf den Städten gleichgestellt; neben Selbstverwaltungsangelegenheiten werden ihnen Auftragsangelegenheiten übertragen. Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinden sind diejenigen, dem gemeinen Wohle dienenden Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft, die den Landgemeinden zur Verwaltung unter eigener Verantwortung durch Gesetz übertragen oder, ohne gesetzlich einer anderen Stelle vorbehalten zu sein, von ihnen freiwillig übernommen sind. Auftragsangelegenheiten sind diejenigen Aufgaben des Reichs oder des Staates, welche durch Gesetz den Landgemeinden zur Ausführung nach Anweisung übertragen sind.

Zu den Selbstverwaltungsangelegenheiten gehört auch der Betrieb von Anstalten, Einrichtungen und Betrieben gemeinnütziger und gewerblicher Art. Hier ist den Landgemeinden im großen ganzen freie Hand gelassen. Voraussetzung ist lediglich, daß die wirtschaftliche Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Größe und Leistungsfähigkeit stehen muß und die Erfüllung ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben nicht beeinträchtigen darf. Weiter ist vorgeschrieben, daß die Mitbenutzung der Gemeindeanstalten, Einrichtungen und Betriebe für alle Einwohner nach festen gleichmäßigen Grundsätzen geregelt sein muß, wobei Vorzugsbestimmungen für Minderbemittelte getroffen werden dürfen, und endlich, daß gewerbsmäßige Betriebe nach kaufmännischen Grundsätzen geführt werden, grundsätzlich Ueberschüsse zur teilweisen Deckung der Haushaltsbedürfnisse der Gemeinde erzielen, mindestens aber die Kosten des Betriebes, der Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals und der Erneuerung der Einrichtungen decken müssen. Haben die Landgemeinden hinsichtlich der Selbstverwaltungsangelegenheiten im übrigen freie Hand — natürlich im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften —, so sind sie hinsichtlich der Auftragsangelegenheiten an die Anweisungen der beauftragenden Stelle, also des Reiches oder des Staates, gebunden.

Der Verbesserung bedarf der Abschnitt über die Staatsaufsicht. In dieser Beziehung müssen wir grundsätzlich daran festhalten, daß die Aufsicht sich auf das notwendigste Maß zu beschränken hat, daß vor allem die Maßnahmen der Gemeindevertretung nicht auf ihre Zweckmäßigkeit, sondern lediglich auf ihre Gesetzmäßigkeit hin geprüft werden dürfen, daß das Bestätigungsrecht der gewählten Gemeindevertreter, Schöffen, Landbürgermeister und Beigeordneten beseitigt werden muß und daß dem Staatsministerium nicht das Recht der Auflösung einer Gemeindevertretung oder einer Bürgermeistereivertretung gegeben werden darf. So weitgehende Befugnisse können wir dem Staate und seinen Organen nun und nimmer einräumen.

Im wesentlichen werden sich, wenn der Entwurf Gesetz wird, die preußischen Landgemeinden sowohl was ihre Verfassung wie was ihr Aufgabenkreis betrifft, nicht mehr allzusehr von den preußischen Städten unterscheiden. Ein Grund mehr für uns, auch an dieser Stelle wieder die Frage aufzuwerfen, ob es wirklich zweier Gesetze bedarf, oder ob es nicht richtiger ist, die Verfassung der Städte und die der Landgemeinden in einem einzigen Gesetz zu ordnen.

Jugendveranstaltungen.

Werbeveranstaltung der Abteilung Lichtenberg im Jugendheim Parkaue 10. Heimabend, Vortrag mit Rezitationen und musikalischen Darbietungen. Anfang 8 Uhr. Eintritt frei.

Britz. Jugendheim Chausseestr. 45. Vortrag: „Der deutsche Wald". — **Charlottenburg.** Jugendheim Rosinenstr. 4. Vortrag: „Verkehrswesen". — **Moabit.** Jugendheim Gemeindeschule Waldenserstr. 21. Vortrag: „Die Arbeit in den Kohlenbergwerken". — **Neukölln-Süd.** Jugendheim Rogatstr. 58. Vortrag: „Die Prinzipien der Arbeiterjugend-Internationale". — **Nordosten.** Jugendheim Gemeindeschule Heinersdorfer Str. 18. Dichterabend: „Ferdinand Freiligrath". — **Petersburger Viertel.** Jugendheim Gemeindeschule Petersburger Straße 4. Diskussion: „Unser Jugendtag". — **Schöneberg II.** Jugendheim Comeniusschule, Frankenstr. 10. Vortrag: „Schönheiten der Mark Brandenburg". — **Weißensee.** Jugendheim Ledigenheim, Berliekpromenade. Vortrag: „Die Entstehung der Zeitung".

Wetter bis Sonnabend mittag. Warm, vielfach heiter, aber veränderlich. Keine erheblichen Niederschläge; schwache nordöstliche Winde.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise **Koch & Seeland** G. m. b. H. Gertraudtenstraße 20–21.

Schieben Sie den Gebrauch von Seifenpulver Schneekönig nicht hinaus, bis Ihre Wäsche von scharfen Waschmitteln zerfressen ist.

Generalvertretung und Lager: Adolf Reimschüssel, Berlin S 42, Luisenufer 40.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus — Außer Abonnement. Neu einstudiert: Carmen 7 Uhr

Schauspielhaus — Peer Gynt 7½ Uhr

Trianon-Th. — Täglich 8½ Uhr: Moral. Burg, Limburg, Junkermann, Schroth

Volksbühne — Theater a. Bülowpl. 7½: D. Verschwender

Lessing-Th. — Sommerspielzeit. Allabendl. 7½ Uhr: Die Ballerina d. Königs

Deut. Künstler-Th. — Sommerspielzeit Allabendl. 8: „Die erste Nacht". Mus. v. Hugo Hirsch. Max Adalbert, Lilly Flohr

SCALA — Tägl. 8 Uhr Internationales Varieté. Sonnt. 3,30 zu halb Preis d. volle Prog.

BIL — Potsdamer Str. 38 Turmstr. 12: Kaiserin Elisabeth von Oesterreich

Deutsch. Theat. — 7½: Potasch und Perlmutter. Sonbd. 7½: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele — 8¼: Vatermord. Sonbd. 8¼: Vatermord

Gr. Schauspielh. (Karlstraße) — 7½: Die versunkene Glocke. Sonbd. 7½: Die versunkene Glocke

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Th. i. d. Königgrätzer Str. tägl. 8 Uhr

Komödienhaus — U.: „Gretchen" Gießner, Roberts.

Berliner Th. — 7.30: Madame Flirt

Residenz-Th. — Täglich 8 Uhr: Eine Frau ohne Bedeutung. Arnold Korff, Adele Sandrock

Komische — 7¾ Oper 7¾: Der Meister vom Montmartre. Offenbach: Liebreich.

Palast — Potsdamer Str. 19 Ecke Margaretenstr.

Der Wiener-Großfilm: Danton. Regie: Dimitri Buchowetzki m. Emil Jannings, Werner Krauß, Hilde Wörner, Friedrich Kühne. 7 und 9. Sonntags 5½, 7, 9 Uhr

Metall — Gelbgießerei Oeten. Erfurter Weg 49 zahlt Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Central-Theater — U.: Mädels v. Davos

Deutsch Opernhaus — 7½ U.: Martha

Intimes Theater — 8: Die Peitsche und? — Lauf doch nicht immer nackt herum

Lustspielhaus — 8 Uhr: Der Werwolf

Metropol-Theater — 7½ Uhr: Bajadere

Neues Operett.-Th. — 8 Uhr: Vulkan

Neues Th. am Zoo — 8 Uhr: Scampolo

Neues Volkstheater — 7½ U.: Heuchler

Schiller-Th. Charl. — 8 U.: Charleys Tante

Thalia-Theater — 7½: Die Herren von und zu ... Th. a. Hollendorfpl. 7½ U.: Verliebte Leute

Theater d. Westens — 7½ U.: Bis früh um fünfe

Wallner-Theater — 7½ U.: Die beiden Nachtigallen

Walhalla-Theater — 8 Uhr: Das Gasthaus zur Liebe

Theater a. Kottb. Tor — Allabdl. 7½: Elite-Sänger

Winter-Garten — Varieté-Spielplan. Rauchen gestattet!

Reichshallen-Th. — Allabendl. 7½ Uhr: Stettiner Sänger. Dönhoff-Brettl

UFA — Spielplan vom 16. bis 22. Juni 22. Näheres Anschlagsäulen

UFA-PALAST AM ZOO — Dr. Mabuse, der Spieler, II.

TAUENTZIEN-P. — Der Schauspieler der Herzogin

KURFÜRSTEND. — Der Mann ohne Namen bis Mont. V. Teil ab Dienst. VI. Teil

KAMMER-LICHT — Friderieus Rex I. u. II. Teil

HOLLEND.-PL. 4 — Im Eaten

MOZARTSAAL — Die Herrin der Welt bis Mont. III. Teil ab Dienst. IV. Teil

FRIEDRICHSTR. — D. Strandnixe

ALEXANDERPL. WEINBERGSW. — Dr. Mabuse, der Spieler, I.

SCHÖNEBERG HAUPTSTR. 49 — Der Mann ohne Namen bis Mont. III. Teil ab Dienst. IV. Teil

HASENHEIDE 98 — Ueber den hohen Bergen

UFA

Berliner Prater-Theater — Kastanienallee 7-9. Täglich: Die Prinzessin v. Nil. Operette in 3 Akten sowie Spezialitäten. Beginn 8 Uhr.

Theater des Ostens (Rose-Theater) — Auf d. Gartenb. 8 U.: Berlin-Wien-Kastanienpl.

X.

Sie fürchtet keinen Vergleich, am allerwenigsten mit Marken der gleichen Preislage. Im Gegenteil: urteilen Sie selbst!

Massary-Delft, edel wie der Name.

KOH SINOR

Putz' die Schuh' mit Glyzoran

Billig und doch Qualitäten! Anzüge·Paletots·Schlüpfer·Covertcoats·Cutaways aus erstklassigen, z. T. engl. Maßstoffen, hell u. blau Kammgarn usw. jeder Maßarbeit gleich jetzt 985 bis 2500 Mark

im Leihhaus Brunnenstr. 5 am Rosenthaler Tor **Pelzwaren:** Kreuzfüchse, Zobel, Silberfüchse, Wölfe, Sport- und Gehpelze konkurrenzlos billig! Keine Lombardware

---

Deutscher Metallarbeiterverband (Verw. Berlin)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Willi Selaff

Pankstr. 59, am 9. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet Sonnabend, den 17. Juni, nachm. 5 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstraße, statt. Rege Beteiligung erwartet
1/6/9 Die Ortsverwaltung.

TYPOGRAPHIA

Treffpunkt zur Fahrt nach **Eberswalde (Sonderzug)** Sonntag früh 6½ Uhr Stettiner Fernbahnhof (Wartesaal 2. Kl.) Abfahrt **7.10 Uhr.** Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftsgeld vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.
Sonntag, den 18. Juni, vorm. 9 Uhr

Branchenversammlung

der Walzwerk-, Blei-, Drahtkabel und Papierrohrarbeiter
in der **Schulaula, Weinmeisterstr. 16-17**
Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Neuwahl der Branchenkommission. 4. Verschiedenes.
Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen ist Pflicht. 120/10
Ohne Mitgliedsbuch der Metallarbeiter kein Zutritt. **Die Ortsverwaltung.**

Am 26. Juni 1922, abends 6 Uhr, findet im Zentralverband der Angestellten (Roter Saal), Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 7—10, III, die

ordentl. Generalversammlung

mit der untenstehenden Tagesordnung statt, wozu die Genossen hierdurch höflichst eingeladen werden:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Bericht des Aufsichtsrates über die von ihm vorgenommene Revision der Genossenschaft.
3. Vorlage und Genehmigung der Bilanz und Entlastungserteilung des Vorstandes.
4. Beschlußfassung über die Verteilung von Gewinn und Verlust.
5. Wahl für zwei aus dem Vorstand ausgeschiedene Mitglieder.
6. Wahl für die nach dem Statut ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder.
7. Vorschlag des Aufsichtsrates für Erhöhung des Genossenschaftsanteiles.
8. Verschiedenes.

Die zur Genehmigung stehende Jahresrechnung und Bilanz liegt zur Einsicht der Genossen im Geschäftslokal der Genossenschaft von heute ab aus.

Berlin, den 14. Juni 1922.

„Afa-Haus-Berlin"
Eingetr. Genossensch. m. beschr. Haftpflicht
Flatau Adamietz 105/15

Ziehung 1. Klasse am 27. & 28. Juni

Preuß. Staats-Lotterie

750 000 Lose — 337 000 Gewinne im Gesamtbetrage von über

300 Millionen M.

6 mal **1 Million** M.
6 mal **500 000** M.
6 mal **300 000** M.
6 mal **200 000** M.

Originallose: 1/1 15.80, 1/2 31.20, 1/4 62.40, 1/8 124.00.
Postgebühr u. amtl. Gewinnliste 3 M.

Kröger
Staatl. Lotterie-Einnehmer
BERLIN W 8
Friedrichstrasse 192/193.
Postscheckkonto 31042.

Drei Millionen

Kriegsbeschädigt u. Hinterbliebene, alte u. neue Heeresangehörige u. Behörd. brauchen den

Kommentar

zum Reichsversorgungsgesetz, von Hermann Müller, der alle einschlägigen Gesetze und Verordnungen zuverlässig erläutert
Preis 13 Mk.
Buchhdl. Vorwärts
Berlin SW., Lindenstr. 2

Zinn
Gold-, Silber-Bruch
Quecksilber
Blei, Kupfer, Platin usw.
kauft z. Engrospreise
Scharnow, Lange Str. 35
am Schlesischen Bahnhof
Ladge Straße 90, Laden.

Frauenleiden und deren Verhütung

Mit Anhang:
Die Verhütung der Schwangerschaft.
Mit 7 Abbild. im Text
Von Dr. J. Zadek
Preis 3 M. u. Porto

Das Heft behandelt die besonderen, der Frau eigentümlichen Krankheiten, namentlich die der weibl. Geschlechtskrankheiten
Buchhdlg. Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstr. 2

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Alaner Str. 71-73 a. 5 Min. vom Bhf. Frankfurter Allee

empfiehlt zu bekannt billig. Preisen bei solider Ausführ.

Gegründet 1876

Komplette
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
einfachen und besseren Genres

Küchen farbig und naturlasiert in allen Preislagen

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenl. lagern

WYK-Föhr ○ Mildestes Nordseebad
Windgeschützter Tannenwald. Vorzügl. Verpflegung. — Höhere Schule. — Bäderschnellz. ab 1. Juni. **Kein Paß!** Winter-Kuren. — Prosp. durch Badeverwaltg. — Porto beifüg.

Stocklaternen
mit Stock u. Licht 1,50 M. **Campions** billig. **Papiermützen** von 20 Pf. an. **Vereinsbedarf, Feuerwerks-Sortiments 10, 15** bis **100** M. u. höher. **Bengalfeuer. A. Maas & Co., Berlin, Markgrafenstr. 84, an der Lindenstraße.** 5—6 Uhr. Telephon: Moritzplatz 3672.

Für
Gold- u. Silber- Bruch
Brillanten etc.
zahlt die höchsten Tagespreise
Juwelen-Einkaufs-Gesellschaft Hopenfeld & Co.
Berlin Antwerpen
Beuthstraße 12 (Spittelmarkt)

Zahn-Atelier für modernen Zahnersatz **H. Knapp vorm. Fenker**
Sprechstunden 9—1, 3—6, Sonnt. 10—12
Kottbuser Damm 70/71. Tel: Mpl. 7827

Kauf ohne Sorge — bei Korge

Sport-Bekleidung und Geräte

für Tennis, Hockey, Fußball, Wasser-, Auto- und Wandersport!

Bayerische Lodenkleidung

Sommer-Wasch-Anzüge in verschiedenen Qualitäten

Kompl. Reise-Ausrüstungen

kauft man staunend preiswert in der

KORGE — KORGE

Vertriebs-Zentrale landw. u. sportl. Geräte und Bekleidung **Direkt. Arthur Korge**
Bedeutend. Versandhaus f. Landwirtschaft, Jagd u. Sport
Berlin SW 1311, Schöneberger Straße 27
Fernsprecher: Nollendorf 4672 am Anhalter Bahnhof

Beachten Sie unsere wunderbaren Modelle bei der Deutschen Sport-Ausstellung, Stand 96

Kauf ohne Sorge — bei Korge

Warum sind wir so billig?!

weil unsere alten Abschlüsse noch laufen

Gummimäntel hochmodern la-Stoff 1900.-, 1600.-, 1200.- 900.00	**Bozener Mäntel** la Strichlod. 750.-, 595.- 525.00	**Sporthosen** Breeches, tadellos in Form und Sitz 550.-, 495.- 440.- 345.00
Schlüpfer und Raglans Fischgrat usw. 2900.-, 2400.-, 1800.- 900.00	**Arbeitskittel** für Friseure, Schlicht, Mont. v. 260.00 m	**Arbeitshosen** . . von 98.00 m
Herren-Anzüge neue, to Form, elegt. Farben 2400.-, 2200.-, 1950.-, 1600.- 950.00	**Hosen** gestr. 798.-, 398.- 348.-, 298.- 198.00	**Einsatzhemd.** 165.- 155.- 135.- 115.00
	Hosen einfarbig 340.- 298.- 235.00	**Arbeitshemden** la Flanell 85.- 73.00
Sommer-Joppen in reicher Auswahl!	**Sportjoppen** la verarb. la-Stoff v. 375.00 m	**Blaue Anzüge** 1-u. 2-reihig 1500.00

Unterwäsche und Arbeitskleidung konkurrenzlos billig!

1. Geschäft: Kottbuser Damm 73 Ecke Lenaustraße

KLAPEKO

2. Geschäft: Frankfurter Allee 7 neben Tietz

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer
jetzt von 950,— M. an. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfüchse 400, Zobelfüchse, Blau-, Silberfüchse, Skunks, Wölfe, Luchse, Sportpelze, Gehpelze, Pelzmäntel. Keine Lombardwaren

---

Verkäufe

Staunenerregend! Wunderbare Neuheiten in Kreuz-, Alaska-, Zobel- und Silberfüchsen! Riesenauswahl aller Pelzarten zu fabelhaft billigen Sommerpreisen! Keine Verfahrwaren. Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauerstraße 7. *

Silberwölfe, Silberfüchse, Weißfüchse, Blaufüchse, Zobelfüchse, Sealmäntel, Bibermäntel zur Hälfte des bisherigen Preises. Riesenlager, Gelegenheiten. Sie finden, was Sie suchen, gut und billig. Blauer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Straße 16, Alexanderplatz. *

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 575, prachtvoller Silberfuchs 750, außerdem Silberwolf, Blaufuchs, Zobelfuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstr. 44 II, Ecke Kommandantenstr.

Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzarten, spottbillige Sommerpreise, keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4. Ecke Rosenthalerstraße. *

Monatsanzüge, Sommerpaletots zu staunend billigen Preisen. Roß, Gormannstr. 25/26, früher Mulackstraße. *

Anzüge, Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covertcoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen, jetzt fünfzig Prozent billiger. Friedenswaffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstr. 203/4. Ecke Rosenthalerstraße. *

Erstklassige Jackettanzüge, Cutawayanzüge, Sommerpaletots, Gummimäntel, Kammgarnhosen, verkauft spottbillig Lukt, Reichenbergerstr. 16, Eingangsschäft, gegenüber Hochbahnstation Kottbusertor.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Halleisches Tor) verkauft spottbillig Anzüge, Schlüpfer, Paletots. Pelzwaren-Gelegenheitskäufe: Sportpelze, Gehpelze, Kängurujacken, Füchse aller Art. Keine Lombardware. *

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covertcoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl, konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Große Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware. Leihaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthalertor. *

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7, verkauft spottbillig erstklassige Anzüge, Schlüpfer, Kängurujacken, Sportpelze, Gehpelze, Füchse aller Art. Keine Lombardware. *

Monatsanzüge, wenig getragene Herrenkleider, neue Jackettanzüge verkauft billig Alexanderstraße 23a, hochpartierre. (Gesellschaftsanzüge leihweise.)

Anzüge 950, Gummimäntel 1250, verkauft Leihhaus Reinickendorferstr. 105, Rettelbeckplatz. Keine Lombardware. *

Gelegenheitskäufe in Bettwäsche spottbillig: Bettbezüge, Linon, Damast, Züchen, Handtücher, Wäschestoffe, Hemden, Beinkleider 60.—. Riesenauswahl. Teppiche, Gardinen, Brücken, Diwandecken, Tischdecken, fertige Betten. Keine Lombardware. Nur im Wäschehof. Leihhaus Moritzplatz 58a. *

Bettwäsche billigst! Diese Woche riesige Preisermäßigungen! Bis 17. Juni Verkauf von angestaubten Bezügen 120.—, 135.—, 205.—, Kissen 34.—, Bettlaken 85.— an. Prima Ueberschlaglaken 375.—, Federdichte Inlette, prima Wäschestoffe, Damast, Handtücher enorm billig. Ausheuer Sonderrabatt. Bettwäschefabrik, Dresdenerstraße dreiunddreißig (Nähe Prinzenstraße). *

Bettwäsche billiger! Enorm billiger Verkauf. Bettbezüge 130, 198, 275, Bettlaken 94, 140, 195, federdichte Inlette 325 an. Prima Ueberschlaglaken 375 bis 475, Paradekissen, starkfadiges Hemdentuch 28, Damast, Damast, Züchen, Handtücher, nur beste Qualitäten, fabelhaft billig. Fensterwaren unter Selbstkosten! Riesenauswahl. Zuvorkommende fachmännische Bedienung. Wäschefabriken Stumpe u. Jäger, Kottbuser Damm beeteuhlbahnhofe, Landsberger Straße achtundachtzig. Größte Spezialfabriken für Bettwäsche. *

Bettwäsche allerbilligst! Diese Woche besonders günstiges Angebot! Angestaubte Riesenmuster und Schaufenstergarnituren. Deckbettbezüge von 128.—, Kissen 35.—, Laken 78.—, Inlette 285.—, Wäschestoffe 32.—, Handtücher 22.50, Ueberschlaglaken, Paradekissen, herrliche Stickereibezüge, Damast, Damast. Beste Qualitäten. Rätselhaft billig! Riesenauswahl. Reelle fachmännische Bedienung. Ausheuer Sonderrabatt. Bettwäsche Spezial-Bettwäschefabrik, Grüsestraße neunundreißig (Hofenbelde). Brunnenstraße 19 (Rosenthalerplatz). *

Bettwäsche billigst! Preise fast um 30 Proz. herabgesetzt. Deckbetten 180.—, Kissen 35.—, Laken 72.—. Riesengroße Auswahl in Hemdentuchen, Handtüchern, Tischtüchern, Inletts. Für Anstaltungen Sonderrabatt. Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Centralbettwäschefabrik, Charlottenburg, Berlinerstraße 99 (zwischen Wilhelm- und Luisenplatz). Friedenau, Rheinstr. 39 (an der Kaiserallee). *

Möbel

Garderobenschrank, weißlackiert 150 breit, 2800.—, Büfett, Kredenz, Ausziehtisch, 6 Polsterstühle 13 500.—, lasierter Küchenschrank 2200.—, Bücherschrank 3200.—, Bücherregale mit Spiegelaufsatz 850.— Möbelhaus Kamerling, Kaiserallee 56 (Ecke Weinbergsweg). 1430

Chaiselongue, Chaiselaguedecke 250.—, Auflegematratzen, wunderbare Wandbehänge, Polsterer, Pappelallee 12.

Chaiselongues, Umbauloka, Auflegematratzen, Patentmatratzen 450.— an, Walter, Stargarderstraße achtzehn. *

Metallbetten 300.—, Chaiselongues 325.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderdrahtbett. Meicke, Augustastraße 32a, Quergebäude! *

Möbel, Bar- oder Teilzahlung. Kleinste An- und Abzahlung. Kostenlose Lagerung. Landwehr, Müllerstraße 7 (Weddingplatz). *

Metallbetten 250.—, Chaiselongues 275.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderdrahtbett. Meicke, Augustastraße 32a, Quergebäude. *

Musikinstrumente

Bandonion billig. Dörfer, Krautstraße 17 (gewerblich).

Pianos, preiswerte Gelegenheiten, Rehbes, Brunnenstr. 186. *

Fahrräder

Fahrradgummi 135.—, 175.—, Jahresgarantie. Schlaws, Weinmeisterstr. vier.

Kaufgesuche

Wäsche, Möbel, Nachlässe, kauft Laß, Alexanderstr. 8a. *

Fahrradmantel, Lindenstr. 19. 1408*

Briefmarkenalbum kauft Laß, Alexanderstraße 8a. *

Schallplatten, Umtausch, Kilo 50.—, Musikhaus Bergmannstr. 13. *

Schallplatten, Apparate, über Höchstpreise, Umtausch, Verleihung. Sprechmaschinen jeder Art, sachgemäß durchrepariert, verbessert. Baue jeden Apparat zum Trichterlosen um. Einkauf für Händler. Reparaturwerkstatt. Strelitzer Straße 47, Ecke Bernauer Str., Pietsch. Gegründet 1899. *

Verschiedenes

Gewissenhafte Untersuchung, Auskunft. Erfahrene Hebamme Eckel, Düsewstr. 62. *

Vertrauensvolle Auskunft, Arzt zur Stelle. Hebamme Opitz, Neue Königstraße 57 (Alexanderplatz). *

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Schlosserlehrlinge sucht M. Hellwig, Brandenburgstr. 72.

Stenotypistin, richtige, im Anwaltsbureau geübte Kraft, zum 1. Juli gesucht. Arbeitszeit ½9 bis 12½, 3 bis 7. Rechtsanwalt Heine, Turmstr. 4.

Aufwärterin, vormittags, Junkerstraße 21, II links. 14335

Tücht. Linierer bei hohem Lohn an einseitige u. doppelseitige Maschine stellt ein **W. Badlach & Co.** (1432 Geschäftsbücherfabrik, Sebastianstraße 7.

Neugegründete Pianofabrik sucht für ihren modern eingerichteten Betrieb

tüchtigen energischen Meister

langjähriger Fachmann, erfahren im Zusammensetzen, Ausarbeiten und Intonieren.
Ferner **vier tüchtige Ambonmacher** sowie **zwei erstklassige Polterer.**
Angebote unter Beifügung von Zeugnissen, Lebenslauf und Lohnansprüchen unter J. P. 22802 an Rudolf Mosse, Berlin S W. 19 erbeten. 32/13

Reinemachefrau für Bureaureinigung gesucht **Leo Ross,** Potsdamer Str. 38

Revolverdreher für Pitter- und Löwenbänkeg. stellt ein R. RAG-Überschlaweide

Vulkaniseur für Reparatur von Automobilschläuchen u. Decken stellt ein Jos. RAG-Überschlaweide

Stellenangebote finden im Vorwärts beste Beachtung!

Automaten-Einrichter
Mutig-Offenbacher, für Werk Greifin **verlangen** 142/12*
Ludwig Sudicatis G. m. b. H.
Dorbagener Straße 76/78.1

Metallschleifer
für Telephonteile **verlangen** 142/11*
Ludwig Sudicatis G. m. b. H.
Dorbagener Straße 76/78.

Botenfrauen und Männer
werden zu den **neuen, sehr stark erhöhten Löhnen** eingestellt
Ackerstr. 174 (Koppenplatz), Gärtnerstraße 42, Gustavstraße 7, Dorbagener Str. 61, Greifenhagenerstr. 22, Immanuelkirchstr. 24, Lausitzer Platz 14/15, Wartusstraße 30, Müllerstraße 34 a, Petersburger Platz 7, Prinzenstraße 31, Stralsuder Straße 34, Wattstraße 9, Wilhelmshavener Straße 49
Borsigwalde, Rauchstraße 10
Lichtenberg, Wartenbergstraße 1
Rentölln, Reckarstr. 2 u. Siegfriedstr. 28/29
Niederschönweide, Fennstr. 23
Reinickendorf-Ost, Provinzstr. 56.
Schöneberg, Belziger Straße 27
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 31